

*Julia Marold*

## Mütter im Spannungsfeld zwischen Kind und Beruf

**Der Weg vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell im Spiegel familienpolitischer und geschlechterkultureller Entwicklungen in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden.**

### **Mothers in conflict between job and child**

The pathway from the male breadwinner model to the dual earner model reflected in developments in family policy and gender culture in Germany, Denmark and the Netherlands.

#### **Zusammenfassung**

In den letzten Jahrzehnten strömten viele Frauen auf den Arbeitsmarkt, die vorher vom Einkommen ihres Ehemannes gelebt und sich im Gegenzug um Haushalt und Kinder gekümmert hatten. Es ist daher ein länderübergreifender Trend zu beobachten, der zum Verschwinden dieses „Ernährermodells“ führt und stattdessen ein Familienverständnis etabliert, in dem beide Elternteile berufstätig sind. Diese Entwicklung vollzog sich jedoch nicht in allen Ländern gleichzeitig und in der gleichen Form. Der vorliegende Artikel widmet sich der Untersuchung dieser internationalen Differenzen, indem er auf Basis des Konzeptes des „Geschlechter-Arrangements“ von Birgit Pfau-Effinger nicht nur das nationale Wohlfahrtsregime, sondern auch kulturelle Vorstellungen über die Rollen von Männern und Frauen als potenziell erklärende Faktoren betrachtet. Durch die Gegenüberstellung der Entwicklung auf beiden Seiten in den Fallstudien Deutschland, Dänemark und Niederlande wird ersichtlich, dass es tatsächlich die jeweils länderspezifischen Kombinationen von vorherrschenden normativen Familienleitbildern einerseits und Ausgestaltung der familienpolitischen Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf andererseits sind, die international abweichende Muster und Entwicklungsverläufe der Erwerbsbeteiligung von Frauen hervorrufen können.

*Schlagworte:* Familienpolitik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erwerbsmuster von Frauen,

#### **Abstract**

Recent decades experienced a steady increase in employment of women who had previously lived from her husband's income and, in return, had cared for children and household. Therefore we observe a cross-national trend that makes the “male breadwinner model” disappear and leads to the establishment of a family model with two employed parents. This development, however, did not take place at the same time and in a similar way in all countries. In this article these cross-country differences are examined by employing Birgit Pfau-Effinger's concept of “gender arrangements” as a theoretical basis. According to that, not only the type of welfare regime but also cultural assumptions about gender roles are potentially explaining factors. By contrasting the course of developments for three case studies (Germany, Denmark and the Netherlands), the author shows that country-specific combinations of both culturally dominating family models and political regulations concerning the reconciliation of family and work are decisive for cross-national differences in women's employment forms.

*Key words:* Family policy, reconciliation of work and family, female employment patterns, gender

<https://doi.org/10.20377/jfr-230>



Geschlechterrollen, Familienleitbild, Ernährermode-  
ll, Internationaler Vergleich, Wohlfahrtsstaat

roles, family models, male breadwinner model,  
international comparison, welfare state

## 1. Einleitung

Sowohl in Deutschland als auch in den meisten westlichen Ländern ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. Denn als Folge grundlegender struktureller Veränderungen – wie z.B. der Bildungsexpansion oder der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte – wandelten sich auch die familiären Rollen. Die auf einem männlichen Ernährer und einer Hausfrau basierende traditionelle Familienstruktur löste sich immer mehr auf und machte einem Familienverständnis Platz, in dem beide Elternteile berufstätig sind. Auch dieser Trend war länderübergreifend, jedoch setzte er sich im internationalen Vergleich unterschiedlich schnell und stark durch. Als Ursache für diese Differenzen werden häufig die abweichenden sozialpolitischen Zielsetzungen und Institutionen der europäischen Wohlfahrtssysteme genannt; allerdings reicht das nicht aus, denn auch die länderspezifischen Erwartungen an die Rolle von Frauen in der Gesellschaft kommen als erklärende Faktoren in Betracht (vgl. Lück 2006; Lück/Hofäcker 2008). Birgit Pfau-Effinger (1996, 2000) hat in diesem Zusammenhang ein theoretisches Konzept entwickelt, das die Erwerbsbeteiligung von Frauen als Ergebnis des Zusammenspiels von institutionellem Rahmen und vorherrschendem normativem Familienideal in einer Gesellschaft versteht. Diesem Ansatz folgend variieren auch jene Leitbilder im internationalen Vergleich und beeinflussen ihrerseits die Erwerbsmuster von Frauen.

Die vorliegende Arbeit baut auf dieser theoretischen Grundlage auf und will in ausgewählten Gesellschaften das Verhältnis zwischen geschlechterkulturellen Vorstellungen und sozialpolitischer Ausgestaltung untersuchen. Neben Deutschland (getrennt nach Ost und West) sollen die Niederlande und Dänemark als weitere Fallstudien bearbeitet werden. Auf diese Weise möchte ich Pfau-Effingers These in einem international vergleichenden Ansatz einer empirischen Prüfung unterziehen.

## 2. Theoretischer Hintergrund und Forschungsansatz

Die feministische Forschung bemängelte an früheren Arbeiten der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung, dass die Beziehungen zwischen Männern und Frauen nicht adäquat berücksichtigt würden und schlug diverse Klassifizierungskriterien und Modifikationen vor, die ihre Perspektive in bisherige Konzepte der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung integrieren sollten (z. Lewis 1992; Orloff 1993; Lewis/Ostner 1994; Sainsbury 1994). Nicht nur diese theoretischen Ansätze, sondern auch einige empirische Arbeiten (z.B. Siaroff 1994; Sainsbury 1999) belegen, dass z.B. die renommierte Drei-Welten-Typologie von Gøsta Esping-Andersen (1990) nicht ausreicht und modifiziert oder ergänzt werden muss, sobald man das Verhältnis zwischen Männern und Frauen in die Analyse mit einbeziehen und auf dieser Grundlage internationale Unterschiede von sozialpolitischen Maßnahmen und deren geschlechtsspezifische Konsequenzen erklären

will. Auch bei der Analyse von Wandlungsprozessen erweist sie sich als problematisch, da sie eine relativ statische Beschreibung von Idealtypen darstellt und beispielsweise die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern nicht beachtet. Schließlich ist dem Großteil der wohlfahrtsstaatlichen Literatur eine einseitige Konzentration auf den institutionellen Rahmen gemeinsam, der jedoch internationale Unterschiede nicht vollständig erklären kann.

Aus diesem Grund soll als theoretisches Fundament für den vorliegenden Beitrag der Erklärungsansatz von Birgit Pfau-Effinger (1996, 2000) dienen. Er stellt zwar keine Weiterentwicklung wohlfahrtsstaatlicher Typologien dar, räumt jedoch zusätzlich zu institutionellen Bedingungen auch kulturellen Einflüssen einen zentralen Platz innerhalb der Analyse ein. Pfau-Effinger (1996) geht nämlich davon aus, dass nicht nur Institutionen und sozialpolitische Maßnahmen die Erwerbsentscheidungen von Frauen lenken, sondern dass auch das soziokulturelle Umfeld und die dort herrschenden normativen Leitbilder über Geschlechterrollen nicht zu vernachlässigende Faktoren seien (Pfau-Effinger 1996: 463f.). Der zentrale Begriff dieses Konzeptes ist das *Geschlechter-Arrangement*, das aus dem Zusammenspiel von *Geschlechterkultur* und *Geschlechterordnung* in einer Gesellschaft entsteht. Die *Geschlechterkultur* bezeichnet dabei normative Vorstellungen von der Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens von Männern und Frauen und die „richtige“ Arbeitsteilung zwischen ihnen. Meistens setzen sich ein oder mehrere Leitbilder als „kultureller Kompromiss“ durch und gewinnen durch die Verankerung in Institutionen und in sozialen Strukturen an Stabilität. Dennoch ist die Geschlechterkultur grundsätzlich dynamisch, d.h. die Leitwerte in einer Gesellschaft können jederzeit neu verhandelt werden, z.B. durch Einflüsse von Minderheiten (Pfau-Effinger 1996: 467f.; Pfau-Effinger 2000: 69f.). Die *Geschlechterordnung* dagegen umfasst die „real vorfindlichen Strukturen des Geschlechterverhältnisses und die Beziehungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen im Hinblick auf die geschlechtliche Arbeitsteilung“; im Fokus stehen dabei die Institutionen Arbeitsmarkt, Bildungssystem, Familie/Haushalt und Wohlfahrtsstaat (Pfau-Effinger 2000: 70f.). Das Zusammenspiel von Geschlechterkultur einerseits und Geschlechterordnung andererseits resultiert schließlich im *Geschlechter-Arrangement*, das heißt der realen Ausgestaltung der Geschlechterbeziehungen in einer Gesellschaft. Das beobachtbare Erwerbsverhalten von Frauen ist ein Beispiel dafür: Es ist das Ergebnis von Verhandlungsprozessen zwischen Geschlechterkultur und Geschlechterordnung, die in einem mehr oder weniger hohen Maß in Übereinstimmung gebracht werden; im Gegensatz zu beispielsweise feministischen Theorien, die mit der Macht patriarchalischer Strukturen argumentieren, werden die Frauen hier also systematisch als bewusst handelnde individuelle Akteure betrachtet (Pfau-Effinger 1996: 468; Pfau-Effinger 2000: 71ff.). Auf Basis dieses theoretischen Fundaments stellte Pfau-Effinger (1996, 2000) die These auf, länderspezifische Differenzen ließen sich nicht nur durch unterschiedliche strukturelle, sondern auch unterschiedliche kulturelle Grundlagen erklären. Die Erwerbstätigkeit von Frauen müsse daher im Kontext der beiden zugrunde liegenden Komponenten des jeweiligen Geschlechter-Arrangements analysiert werden. Da Spannungsverhältnisse und Ungleichzeitigkeiten zwischen Geschlechterordnung und Geschlechterkultur zu gesellschaftlichen Konflikten und somit zu Veränderungen des Geschlechter-Arrangements führen können, sei ihr Konzept besonders gut für die Analyse der Entwicklung weiblicher Erwerbsmuster geeignet (Pfau-Effinger 1996: 469; Pfau-Effinger 2000: 73).

Meine Analyse will die theoretische Trennung von Geschlechterkultur und Geschlechterordnung empirisch nachvollziehen und die Entwicklungen auf beiden Seiten gegenüberstellen. Dabei werden jeweils besonders relevante Aspekte ausgewählt und systematisch in ihrem Verlauf untersucht. Gerade diese Systematik macht die Besonderheit der Analyse aus, denn bisher wurde das Konzept nur in groben Zügen international vergleichend angewendet. Vor allem die Abbildung der Geschlechterkultur mit Hilfe von Einstellungsdaten und der entsprechende Längsschnittvergleich stellen Innovationen in dieser Hinsicht dar. Zu diesem Zweck müssen die Begriffe dieses theoretischen Rahmens allerdings konkretisiert und empirische Entsprechungen gefunden werden.

Besonders die Komponente der *Geschlechterordnung* bezieht sich auf einen so umfassenden Bereich, dass er auf zentrale und besonders belangvolle Institutionen eingegrenzt werden muss. Da es in dieser Arbeit um die Organisation des Familienlebens im Hinblick auf geschlechtliche und intrafamiliäre Arbeitsteilung geht, sind besonders sozialpolitische Regelungen von Interesse, die das entsprechende Verhalten von (Eltern-) Paaren beeinflussen können bzw. sollen. Solche Maßnahmen, die implizit oder explizit in den Bereich der sog. „Familienpolitik“ fallen, betrachte ich daher im analytischen Modell als Repräsentanten der „strukturellen“ Seite, das heißt der Geschlechterordnung (siehe Abbildung 1). Bei der Klassifizierung der familienpolitischen Angebote greife ich auf die dreidimensionale Gliederung in (1) *geldwerte Leistungen* (Kinder- und Elterngeld, Steuervorteile etc.), (2) *zeitwerte Anrechte* (Mutterschafts- und Erziehungsurlaub, Teilzeitregelungen etc.) und (3) *sachwerte Leistungen und Realtransfers* (Kinderbetreuungsangebote etc.) zurück.

Da in den Länderstudien Muster der Erwerbstätigkeit von Frauen im Zusammenhang mit institutionellen Rahmenbedingungen einerseits und kulturellen Vorstellungen über die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern andererseits analysiert werden sollen, ist es zweckmäßig, unter den Komponenten der oben erläuterten Geschlechterordnung besonders diejenigen politischen Maßnahmen zu betrachten, die direkt die *Vereinbarkeit von Familie und Beruf* beeinflussen. Dies muss für eine Frau/Mutter jedoch nicht zwangsläufig ununterbrochene Vollzeitwerbstätigkeit heißen, sondern kann eine Vielzahl von Kombinationsmöglichkeiten bedeuten.<sup>1</sup> Um die geplante Analyse zu vereinfachen, wird jedoch eine kontinuierliche Dimension angenommen, auf der insbesondere drei Ausprägungen besondere Aufmerksamkeit erhalten:

- 1) *(Männliches) Ernährermodell*: Mann arbeitet Vollzeit, Frau ist „Hausfrau“.
- 2) *1,5-Verdienermodell*: Mann arbeitet Vollzeit, Frau arbeitet Teilzeit.
- 3) *Zweiverdienermodell*: Mann und Frau arbeiten Vollzeit.

Wie Lewis (1992) betonte, existierte das Ernährermodell in keinem westlichen Land jemals in Reinform. Es handelt sich dagegen eher um einen Idealtypus, dem Staaten mehr oder weniger nahe kommen beziehungsweise von dem sie sich in den letzten Jahren mehr oder weniger schnell entfernen. Die Modelle 2) und 3) beinhalten dabei grundsätzlich die Berufstätigkeit von Ehefrauen und Müttern. Alle drei Modelle sind jedoch nicht als statische, unveränderliche Familientypen zu verstehen, sondern als dynamische Zustände, die

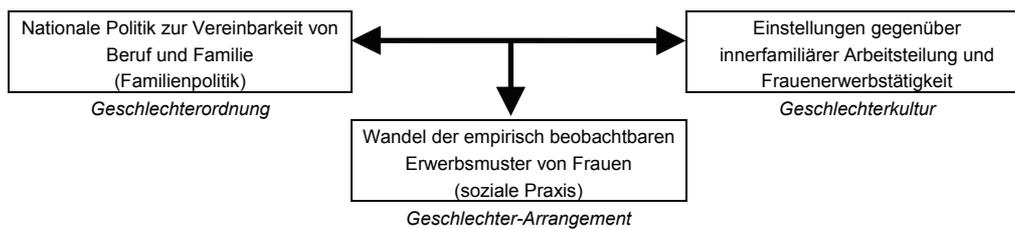
---

1 Lewis (2001) unterscheidet beispielsweise zwischen sechs denkbaren Mustern der Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit, vom reinen Ernährermodell bis hin zu Doppelkarrierepaaren (siehe Lewis 2001: 156f.).

sich im Zeitverlauf auch innerhalb einer Familie abwechseln können (z.B. je nach Alter der Kinder). Durch die gesetzlich gegebenen Rahmenbedingungen wird allerdings von staatlicher Seite oft ein bestimmtes Modell gefördert, zumindest für bestimmte Familienphasen.

Für die Darstellung der *Geschlechterkultur* in den jeweiligen Ländern soll auf Umfragen zurückgegriffen werden, die Einstellungen in Bezug auf die gesellschaftlichen Rollen von Mann und Frau erheben;<sup>2</sup> dabei interessieren insbesondere die Ansichten zur intrafamiliären Arbeitsteilung und zur Erwerbstätigkeit von Frauen bzw. Müttern. Die Indikatoren, die aus diversen internationalen Umfrageprogrammen gewonnen wurden (siehe Tabelle A1 im Anhang), geben die Zustimmung zum Ernährermodell, zur weiblichen Erwerbstätigkeit und zur traditionellen Arbeitsteilung wieder. Um auch einer Lebenslaufperspektive gerecht zu werden und mögliche Unterschiede in Abhängigkeit vom Familienzyklus aufzudecken, sollen dabei zudem Vorstellungen von Erwerbsprofilen von Frauen in verschiedenen Lebensphasen sowie – als potenzieller Erklärungsfaktor – die Verbreitung des „Rabenmutter“-Images<sup>3</sup> untersucht werden.

Abbildung 1: Gegenüberstellung und Wechselwirkungen der analytischen Einheiten



Quelle: eigene Grafik.

Abbildung 1 verdeutlicht das analytische Modell: Das Zusammenspiel der beiden Ebenen Geschlechterordnung und Geschlechterkultur äußert sich im Geschlechter-Arrangement, das in Form der beobachtbaren Erwerbsmuster von Frauen erfasst und unter der Bezeichnung „soziale Praxis“ dargestellt wird.<sup>4</sup> Diese Modellspezifikation erlaubt schließlich die angestrebte Systematik der empirischen Untersuchung, mit der folgende Forschungsfragen beantwortet werden sollen:

- 2 Der Begriff der Geschlechterkultur bezieht sich auf übergeordnete Leitbilder und geteilte Werte in einer gegebenen Gesellschaft. Diese allgemeinen und abstrakten Vorstellungen eines erstrebenswerten Zieles können jedoch nicht als Phänomen selbst gemessen, sondern müssen über (instabilere) Normen und Einstellungen operationalisiert werden. Zur ausführlichen Diskussion dieses Problems siehe Lück (2006) und Lück/Hofäcker (2003).
- 3 „Rabenmutter“ ist eine abwertende Bezeichnung für eine Mutter, die ihre Kinder oder ihre Familie vernachlässigt, da etwa Hobbys oder der Beruf mehr im Vordergrund oder Interesse stehen.
- 4 Diese konkrete Zuteilung wird nicht explizit in dieser Weise aus Pfau-Effingers (2000) Erläuterungen deutlich, sondern enthält eine gewisse eigene Interpretation. Im Ursprungskonzept bleibt z.B. unklar, ob die tatsächliche Verbreitung der Familienmodelle als Komponente der Geschlechterkultur oder als Indikator für die Ausgestaltung des Geschlechter-Arrangements betrachtet werden soll.

- (1) Wie sind die beiden Ebenen „Geschlechterordnung“ und „Geschlechterkultur“ im Hinblick auf die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ausgeprägt und wie haben sie sich seit den 1980er Jahren gewandelt?
- (2) Gab oder gibt es in den ausgewählten Ländern Spannungen und Widersprüche zwischen den beiden Ebenen? Wenn ja, wie haben sie sich gelöst?

Zur Beantwortung der beiden Fragen soll zunächst die soziale Praxis im jeweiligen Land beschrieben werden. Daran schließen sich ein Überblick über die familienrelevanten politischen Maßnahmen und die Darstellung der entsprechenden Einstellungen der Bevölkerung an, mit Fokus auf den jeweiligen Verlauf seit Ende der 1980er Jahre. Durch die Gegenüberstellung der beiden Seiten sollen am Ende jedes Länderkapitels eventuell vorhandene Diskrepanzen sichtbar werden, die schließlich einen Vergleich der Prozessverläufe in den drei Ländern ermöglichen sollen.

### 3. Methodik und Datenquellen

Zur Überprüfung der oben genannten Thesen wird ein international vergleichender Ansatz gewählt, d.h. die Wechselwirkungen und Entwicklungen von Geschlechter-Arrangement, Geschlechterordnung und Geschlechterkultur werden an drei Länderstudien auf detaillierte Weise analysiert. Ihre Auswahl erfolgte u.a. aufgrund der Überlegung, dass das Spektrum der im vorhergehenden Abschnitt erläuterten Familienmodelle möglichst breit erfasst werden sollte. Als Eckpunkte boten sich Deutschland und Dänemark an, denn sie sind Repräsentanten unterschiedlicher familialer Erwerbsmodelle. Während die soziale Praxis im letztgenannten Land dem Zweiverdienermodell ziemlich nahe kommt, ist in Deutschland der Anteil der Haushalte mit zwei vollbeschäftigten Partnern einer der niedrigsten in Europa (Dingeldey 2002: 157).<sup>5</sup> Als „Mittelkategorie“ dienen die Niederlande, die zwar meistens zur Gruppe der konservativen Staaten gezählt werden (vgl. Lewis/Ostner 1994; Siaroff 1994), allerdings gibt es Hinweise darauf, dass sich dort sowohl auf kultureller als auch institutioneller Seite ein grundlegender Wandel vollzogen hat. Somit verfüge ich über Fallbeispiele aus drei verschiedenen Stadien, deren institutionelle und kulturelle Charakteristika ebenfalls variieren (vgl. Ausführungen im Rahmen der Länderstudien).

Während die Geschlechterordnung mit Hilfe von öffentlich bereitgestellten Informationsmaterialien, Primär- und Sekundärliteratur rekonstruiert wird, verwende ich für die Abbildung der Geschlechterkultur Einstellungsindikatoren, die aus drei internationalen Umfrageprogrammen stammen: aus dem International Social Survey Programme (ISSP), aus der European Value Study (EVS) und aus einigen Wellen des Eurobarometer (EB). In der Regel decken sie den Zeitraum seit den späten 1980er Jahren bis Anfang des dritten Jahrtausends ab. Die Datensätze werden komplementär verwendet und sollen auf diese Weise besonders fundierte Ergebnisse liefern; alle Studien bestehen aus Querschnittser-

---

5 Allerdings muss zwischen alten und neuen Bundesländern unterschieden werden, da in den letztgenannten auch das „Doppelversorgermodell mit externer Kinderbetreuung“ eine wichtige kulturelle Rolle spielt (Pfau-Effinger 2005: 2,4).

hebungen, was Analysen lediglich auf Aggregatebene ermöglicht. In die Stichproben werden jeweils alle befragten Frauen und Männer im Alter zwischen 25 und 65 Jahren aufgenommen, da diese in besonderem Maße vor dem Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen. Es werden die Einstellungen beider Geschlechter erfasst, da sich der Hypothese nach Frauen bei ihren Handlungsentscheidungen nicht nur an ihren eigenen Werten, sondern auch an den Erwartungen ihrer Umwelt orientieren (die ja auch aus Männern besteht). Allerdings unterscheide ich bei der Darstellung der Ergebnisse sowohl aus Platz-, als auch aus empirischen Gründen nicht nach Männern und Frauen, denn für die hier beabsichtigte Nachzeichnung lediglich grober Entwicklungstendenzen<sup>6</sup> der Geschlechterkultur sind die entsprechenden Differenzen vernachlässigbar.

### Fallstudie 1: Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) dient als das Länderbeispiel, das (noch) am stärksten vom Ernährermodell geprägt ist. Aufgrund der Sonderstellung der ostdeutschen Bundesländer, die bis 1990 einen eigenen Staat nach sozialistischem Vorbild darstellten (siehe unten), betrachte ich die beiden Landesteile soweit möglich getrennt.<sup>7</sup>

#### *Die soziale Praxis: Das Geschlechter-Arrangement*

Ausgangspunkt für die Analyse der Beziehung zwischen geschlechterkultureller und familienpolitischer Ebene ist die sog. „soziale Praxis“, die als Ergebnis aus den Verhandlungsprozessen zwischen Geschlechterordnung und Geschlechterkultur hervorgeht. Im vorliegenden Kontext der weiblichen Erwerbsmuster sind geeignete Indikatoren dafür beispielsweise die Beschäftigungs- und Teilzeitquoten<sup>8</sup> und deren Verlauf über die letzten Jahrzehnte. So gingen im Jahr 1984 weniger als die Hälfte aller westdeutschen Frauen im erwerbsfähigen Alter einer Beschäftigung nach. Im Jahr 2006 sind dagegen bereits fast zwei Drittel (62%) der deutschen Frauen (alte und neue Bundesländer) erwerbstätig; parallel zur Ausdehnung der Beschäftigung von Frauen stieg auch ihre Teilzeitquote, so dass in den ersten Jahren des dritten Jahrtausends mehr als ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen im vereinten Deutschland mit weniger als 30 Wochenstunden beschäftigt war (OECD Factbook 2008). Dabei ist Teilzeitbeschäftigung in Westdeutschland traditionell wesentlich stärker verbreitet als in Ostdeutschland: zwar nimmt auch dort der Teilzeitbeschäftigtenanteil zu, dennoch arbeitete 2004 nur gut ein Viertel (28%) der ostdeutschen Frauen in Teilzeit, während dies für fast die Hälfte (45%) der abhängig beschäftigten Frauen im Westen galt (BMFSFJ 2005).

---

6 Aufgrund der diversen Probleme, die bei Sekundäranalysen auftreten, insbesondere bei Verwendung und Vergleich mehrerer Datensätze, die wie hier in unterschiedlichen Forschungszusammenhängen entstanden sind, ist eine feinere Betrachtung meiner Ansicht nach inhaltlich und methodisch nicht vertretbar (für eine ausführliche Darstellung der Datensätze und Diskussion der Problematik siehe Marold (2008, Kapitel 4).

7 Da für die neuen Bundesländer meist erst Daten ab 1990 verfügbar sind, kann ich mich für die Zeit davor nur auf das alte Bundesgebiet beziehen.

8 Definition „Teilzeitquote“: Anteil aller Beschäftigten, die gewöhnlich weniger als 30 Wochenstunden in ihrem Hauptjob arbeiten.

Übergreifend hat sich die soziale Praxis in Deutschland also in Richtung vermehrter beruflicher Aktivität von Seiten der Frauen entwickelt; dabei spielt jedoch Teilzeitarbeit eine wichtige Rolle. Die meisten deutschen Paare scheinen übereingekommen zu sein, dass die Mutter nach der Geburt des ersten Kindes den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit reduziert oder sie sogar ganz aufgibt, und zwar für einen Zeitraum von mehreren Jahren; dabei bestehen allerdings markante Abweichungen zwischen den beiden Landesteilen, denn ostdeutsche Frauen neigen trotz Kindern im Haushalt auffällig häufiger zum Vollzeitberuf. Beispielsweise arbeiteten im Jahr 2003 nur 17% aller westdeutschen Mütter von zwei Kindern in Vollzeit, verglichen mit 49% der gleichen Gruppe in den neuen Bundesländern (Heidenreich et al. 2004: 33).

*Die Geschlechterordnung: Familienpolitische Interventionen in der Bundesrepublik Deutschland*

„Familienpolitik“ hat in Deutschland einen festen Platz im Gesamtsystem der Politik. Noch in den 1950er Jahren war die Situation der westdeutschen Familien dabei überwiegend patriarchalisch geregelt; erst 1977 wurde die formale Gleichstellung zwischen den Geschlechtern erreicht, als das Recht beider Ehegatten auf eine Erwerbstätigkeit gesetzlich verankert wurde (vgl. Holst/Maier 1998: 507). Der Erste Familienbericht von 1968 hatte mit dem Schlagwort des „Dreiphasenmodells“<sup>9</sup> eine Umbruchphase eingeläutet, in der Familien-, Scheidungs- und Rentenrecht entsprechend dem sich anbahnenden Rollenwechsel der Frauen reformiert und u.a. auch das Kindergeld ab dem ersten Kind gezahlt wurde. Im Jahr 1979 wurde erstmals ein Mutterschaftsurlaub eingeführt, der werdenden berufstätigen Müttern sechs Monate lang Arbeitsplatzgarantie und Kündigungsschutz gewährte. Einige Jahre später wurde das Bundeserziehungsgeldgesetz erlassen, nach dem berufstätige Mütter und auch Väter nach der Geburt eines Kindes zunächst zehn Monate, ab 1992 dann bis zu drei Jahre pausieren konnten, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Außerdem hatte der betreuende Partner erstmals Anspruch auf ein zehnmonatiges Erziehungsgeld. Seitdem wurde dieses schrittweise verlängert und erhöht und bei seiner Abschaffung Ende 2006 betrug die Leistung maximal € 300 monatlich für zwei Jahre.<sup>10</sup> Aufgrund der starken geschlechtsspezifischen Lohnungleichheit waren es jedoch in den darauffolgenden Jahren fast immer die Frauen, die für die Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit unterbrachen; oft konnte allerdings die Rückkehrmöglichkeit nicht in Anspruch genommen werden, da praktisch keine (formalen) Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige existierten (Fuhrmann 2005: 88). Als Familienministerin Ursula Lehr kurz vor der Wende entsprechende Forderungen stellte, zeigte sich die CDU/CSU-Fraktion allerdings strikt abwehrend, was die Fortdauer der konservativen Familienmodelle unter den politischen Entscheidungsträgern verdeutlicht.

Im östlichen Teil Deutschlands, der nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetische Herrschaft fiel, wurde eine deutlich unterschiedliche familienpolitische Linie verfolgt. Durch enge Beziehungen zwischen Familie, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat sollte der

9 Nach dem Dreiphasenmodell sollten junge Frauen nach einer guten Schul- und Berufsausbildung trachten und ihren Beruf so lange ausüben, bis das erste Kind geboren ist (1. Phase). Dann sollten sie sich ausschließlich um Kindererziehung und Haushalt kümmern (2. Phase). Wenn die Kinder sie nicht mehr in hohem Maße bräuchten, könnten die Mütter wieder erwerbstätig werden (3. Phase).

10 Alternativ auch € 450 monatlich für die Dauer eines Jahres.

Ausbau, die Stabilisierung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gefördert werden, u.a. mit Hilfe der Einbindung der Frauen und Mütter in die sozialistische Gesellschaft und deren Erwerbssystem. Das sozialpolitische Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde dort viel früher und konsequenter verfolgt als in der BRD, und zudem in der simultanen Form und nicht als sequenzielles „Dreiphasenmodell“. Die gesetzliche Verpflichtung der ostdeutschen Familie, mit gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten und der auf arbeitsangebotspolitische Zwecke zurückgehende hohe Versorgungsgrad an Klein- und Kleinstkinderbetreuung führten schließlich sogar zu einem Vorrang der Krippenerziehung vor Familienerziehung. Gleichzeitig gingen Ansprüche auf Familienleistungen in der DDR weniger auf Ehe, sondern auf Mutterschaft zurück und sowohl monetäre als auch Realtransfers waren dort großzügiger ausgestaltet als in der BRD, wo der männliche Ernährer mit Hilfe des Konzeptes des „Familienlohns“ die von ihm abhängige Ehefrau und die gemeinsamen Kinder versorgen sollte (Bundesministerium für Familie und Senioren 1991: 14f., 29f.).

Die deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990 wirkte sozusagen als Katalysator des politischen Umdenkens in der BRD. In §31 des Einigungsvertrags wurde festgehalten, dass die Familien- und Frauenpolitik im vereinten Deutschland weiter entwickelt werden solle, insbesondere im Hinblick auf die bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienverpflichtungen. Im Jahr 1993 wurde sogar das Grundgesetz um die Formulierung erweitert: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Art. 3 Abs. 2 GG). Gleichzeitig wurde auch ein bundesweiter Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Drei- bis Sechsjährigen geschaffen, allerdings war dessen Einlösung durch die Kommunen nur mangelhaft (vgl. Wingen 1997: 58ff.). Nichtsdestotrotz erhöhte sich seit Mitte der 1990er kontinuierlich das Kindergeld und beträgt seit Januar 2009 bis zu € 195 pro Kind und Monat.<sup>11</sup>

Seit der Jahrtausendwende wurden schließlich weitere Reformen unternommen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vereinfachen sollten: zunächst wurde im Jahr 2001 aus dem Erziehungsurlaub die „Elternzeit“, währenddessen bis zu 30 Stunden Erwerbstätigkeit erlaubt sind. Unter bestimmten Umständen besteht sogar ein Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung. Zudem ist nun auch eine parallele Inanspruchnahme der Elternzeit von beiden Elternteilen möglich. Dennoch blieb auch eine vollständige Erwerbsunterbrechung attraktiv, da die Zahl der Anrechnungsjahre für die Rentenversicherung bei Kinderbetreuung weiter erhöht wurde und diverse Bemühungen scheiterten, das Ehegattensplitting aufzugeben. Anfang 2005 trat schließlich das Tagesbetreuungsausbaugesetz in Kraft, das zusätzliche Plätze für unter Dreijährige schaffen soll und seit 2007 bietet das „Elterngeld“ für bis zu 14 Monate einen Einkommensersatz von 67% für den betreuenden Elternteil.<sup>12</sup> Obwohl man also durchaus sagen kann, dass die deutsche (Familien-)Politik seit der Wiedervereinigung einen deutlichen Schub in Richtung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erlebt hat, verfolgt sie noch immer wider-

---

11 Das Kindergeld wurde zum 1. Januar 2009 erstmals seit sieben Jahren erhöht, und zwar für das erste und zweite Kind von € 154 auf € 164, für dritte Kinder um € 16 auf € 170 sowie für vierte und weitere Kinder um € 16 auf € 195.

12 Die 14 Monate können zwischen den Elternteilen beliebig aufgeteilt werden; nimmt nur ein Elternteil die Leistung in Anspruch, sind jedoch maximal 12 Monate Bezug möglich.

sprüchliche Ziele und beinhaltet vielfältige Maßnahmen, die Frauen Anreize bieten, ihre Erwerbstätigkeit bei Geburt eines Kindes für relativ lange Zeit zu unterbrechen oder drastisch und dauerhaft zu senken (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Überblick über die deutsche Familienpolitik (Stand: Januar 2009)

	Ausgestaltung	Entwicklung	Einfluss auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf
<b>Geldleistungen</b>	<i>Kindergeld/Kinderfreibetrag:</i> €164 - €195 pro Monat	alte Regelung; stetige Erhöhung des Betrags	positiv; deckt allerdings weniger als 1/3 der tatsächlichen Kosten <sup>13</sup> ab
	<i>Mutterschaftsgeld:</i> 100% Lohnersatz für 14 Wochen	alte Regelung; konstant	positiv: hohe Ersatzrate; allerdings nur relativ kurze Bezugsdauer
	<i>Elterngeld:</i> 67% Lohnersatz für 12 bzw. 14 Monate nach Geburt	neue Regelung; Reform 2007: höherer Betrag, kürzere Bezugsdauer, Einbezug der Väter	positiv: Anreiz zur frühen Rückkehr in den Beruf; Möglichkeit der TZ und der partnerschaftlichen Aufteilung
	<i>Sozialversicherung:</i> Erziehungsjahre für GRV, Familien-GKV	alte Regelung; stetige Ausweitung der Vorteile d. Babypause	negativ: Erwerbspause und langjährige Arbeitsreduktion werden belohnt
	<i>Steuerrecht:</i> (1) Ehegattensplitting (2) Absetzbarkeit von Betreuungskosten und Haushaltshilfe	(1) alte Regelung (2) neue Regelungen (2005/2006)	(1) negativ (vgl. SV) (2) positiv: finanzielle Entlastung berufstätiger Eltern
<b>zeitwerte</b>	<i>Elternzeit:</i> 3 Jahre Freistellung oder	alte Regelung; Reform	negativ: lange Erwerbspause erschwert
<b>Anrechte</b>	Arbeitszeitreduktion mit Arbeitsplatzgarantie	2001: Teilzeitmöglichkeit	Wiedereinstieg positiv: TZ-Möglichkeit
<b>Realtransfers</b>	<i>Kinderbetreuungsangebot:</i> (1) Recht auf Kindergartenplatz (2) Tagesbetreuungsausbaugesetz	(1) alte Regelung (Mitte 1990er) (2) neue Regelung, allerdings nur für unter Dreijährige gültig	(1) positiv, allerdings teils mangelhafte Umsetzung der Kommunen (2) positiv: früher Wiedereinstieg möglich

Quelle: eigene Zusammenstellung.

#### *Die Geschlechterkultur: Der Wandel der normativen Leitbilder*<sup>14</sup>

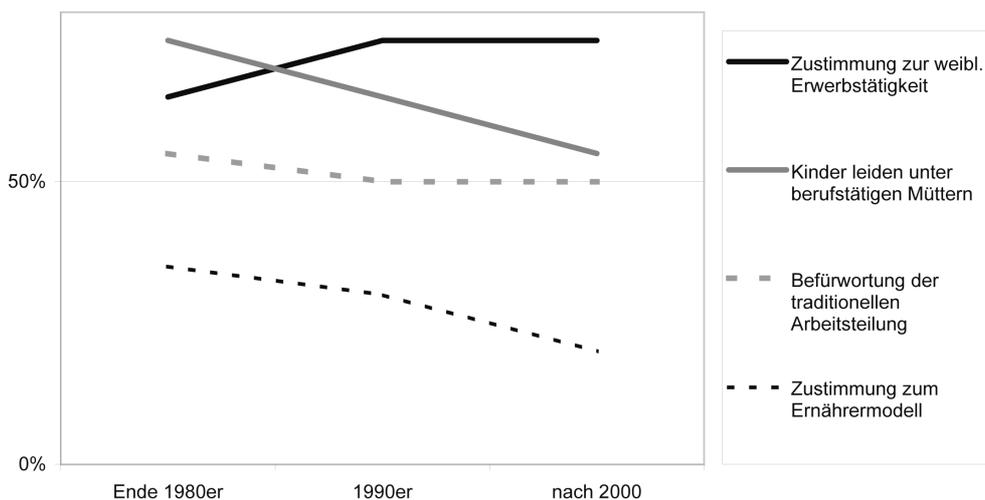
Gemäß den zugrunde liegenden Annahmen von Pfau-Effinger (1996, 2000) sind normative Leitbilder über die Form des Zusammenlebens von Männern und Frauen im westlichen Kulturkreis zunehmend einem Wandel unterworfen. Dabei lassen sich grob zwei Komponenten identifizieren: (1) die Zuweisung der Arbeitssphären von Männern und Frauen, die in der vorliegenden Analyse über die Zustimmung zum Ernährermodell bzw. zu weiblicher Erwerbstätigkeit operationalisiert wird und (2) die Zuständigkeit für das Aufziehen von Kindern, die über die Erwartungen an mütterliche Erwerbstätigkeit in verschiedenen Familienphasen, d.h. in einer Lebenslaufperspektive, abgebildet wird. Abbildung 2 gibt

13 Laut Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 lagen die durchschnittlichen Kosten für ein Kind in diesem Jahr bei monatlich € 549 (Statistisches Bundesamt 2006).

14 Die Abbildung der Geschlechterkultur und ihre Entwicklung kann im vorgegebenen Rahmen nur zusammenfassend wieder gegeben werden; für eine detaillierte Darlegung der Analyse siehe Marold (2008).

zunächst einen Überblick über die Entwicklung der ersten Komponente in den alten deutschen Bundesländern.

Abbildung 2: Grafischer Überblick über die Entwicklung der westdeutschen Geschlechterkultur, Ende der 1980er bis Anfang des 3. Jahrtausends<sup>15</sup>



*Hinweis:* Linienverlauf entsteht durch Mittelwert der Zustimmungswerte der entsprechend zugeordneten Indikatoren (1988+1990 = Ende 1980er; 1994+1999 = 1990er; 2002+2006 = nach 2000), vgl. Übersicht A1 im Anhang; Werte auf 0,05 gerundet.

*Quelle:* ISSP 1988, 1994, 2002; EVS 1990, 1999; EB 42, 65.1; jeweils 25-65jährige, eigene Auswertung und Darstellung.

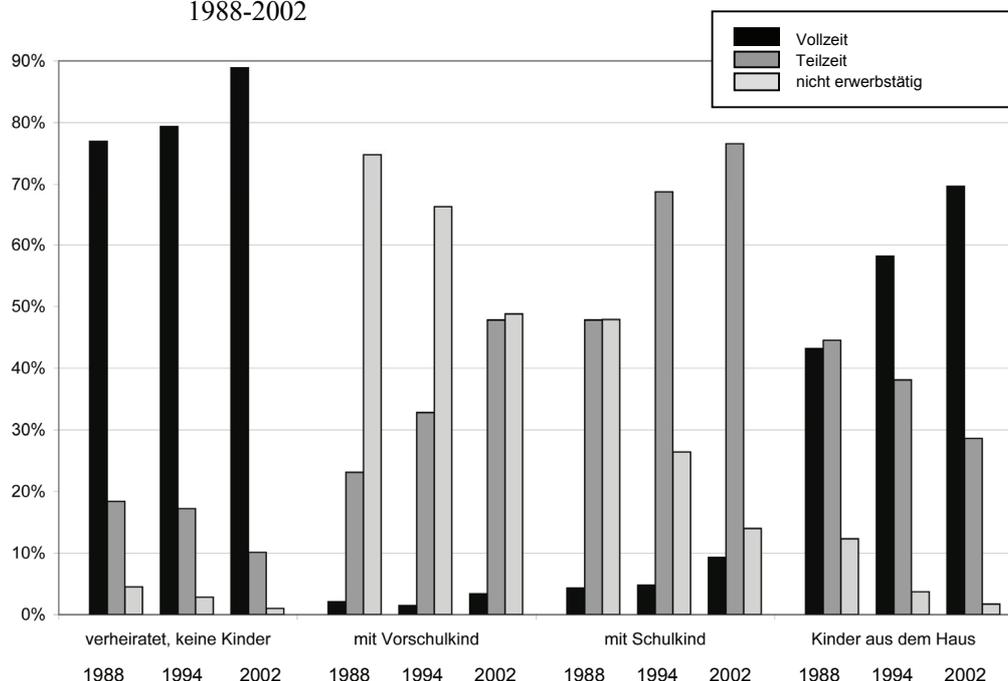
Bereits Ende der 1980er befürwortete die Mehrheit der Westdeutschen die Erwerbstätigkeit von Frauen im Allgemeinen und dieser Anteil ist seitdem sogar noch gestiegen. Parallel verlor das reine Ernährermodell zunehmend an Anhängern und kann seit der Jahrtausendwende nur noch etwa ein Fünftel der Bevölkerung für sich gewinnen. Allerdings sind seine normativen Hintergründe noch deutlich weiter verbreitet: so finden beispielsweise auch nach 2000 noch etwa die Hälfte der Bewohner der alten Bundesländer, das Familienleben leide, wenn die Frau voll berufstätig ist, und ein Hausfrauendasein sei für Frauen ebenso erfüllend wie gegen Bezahlung zu arbeiten (Befürwortung der traditionellen Arbeitsteilung). Offensichtlich dürfen und sollen Frauen nach der Mehrheitsmeinung also arbeiten, aber nicht im gleichen Umfang wie Männer: Dies wird auch dadurch gestützt, dass noch im Eurobarometer 59.0 von Anfang 2003 weniger als die Hälfte der Befragten (44%) angaben, berufstätige Männer und Frauen sollten die gleiche Wochenstundenzahl arbeiten.

Eine differenziertere Analyse der Erwartungen an die Erwerbsmuster von Frauen im Familienzyklus zeigt, dass es hauptsächlich Mütter sind, die ihre berufliche Aktivität einschränken sollen (Abbildung 3): Bemerkenswert an dieser Darstellung ist erstens die grund-

<sup>15</sup> Eine detaillierte Beschreibung der verwendeten Indikatoren für die Abbildung der Geschlechterkultur befindet sich als Tabelle A1 im Anhang.

legende Änderung der präferierten Erwerbsformen von Müttern nach der Geburt eines Kindes. Zweitens scheint sich über den Beobachtungszeitraum eine deutlich lineare Entwicklung vollzogen zu haben: Über alle Umstände und Zeitpunkte hinweg stieg das Ausmaß, in dem Müttern Erwerbstätigkeit zugesprochen wurde; es wird allerdings auch deutlich, dass es noch immer stark vom Alter der Kinder und somit von deren Betreuungsbedarf abhängig ist.

Abbildung 3: Gewünschtes Erwerbsverhalten von Frauen ohne Kinder, mit Kleinkindern, mit Schulkindern und mit erwachsenen Kindern in Westdeutschland, 1988-2002



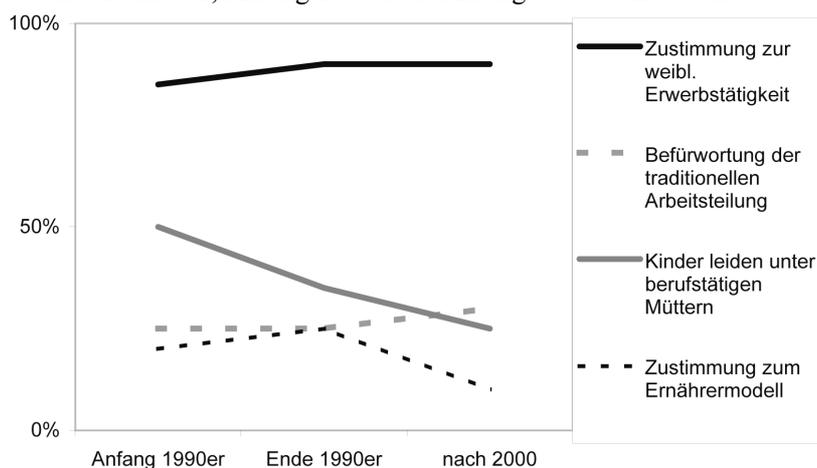
Quelle: ISSP 1988, 1994, 2002; 25-65jährige; eigene Auswertungen.

In den alten Bundesländern herrscht also die überwiegende Meinung vor, dass eine Frau den Umfang ihrer beruflichen Tätigkeiten verringern sollte, um sich ihren Kindern zu widmen, und zwar bis diese ein eigenständiges Leben führen. Trotz eindeutig sichtbaren Bewegungen weg vom reinen Ernährermodell und hin zum 1,5-Verdienermodell während der Zeit der „aktiven Elternschaft“ bleibt weibliche bzw. mütterliche Erwerbstätigkeit also in Westdeutschland nur insoweit akzeptiert, als sie genügend Raum für die Kinderbetreuung lässt. Dies wird auch in Abbildung 2 bestätigt, da auch 2002 noch mehr als die Hälfte der Westdeutschen der Überzeugung sind, Kinder berufstätiger Mütter nähmen Schaden.

In den neuen Bundesländern stellen sich die diesbezüglichen Einstellungen jedoch anders dar (Abbildung 4): Die Mehrheit der Ostdeutschen schien bereits in den frühen 1990ern grundsätzlich keine Bedenken gegen die (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit von Frau-

en zu haben, sondern sie im Gegenteil sogar zu fordern. Die Selbstverständlichkeit der weiblichen Teilnahme am Erwerbsleben hat sich somit auch fast zwei Jahrzehnte nach Ende des DDR-Regimes erhalten, während das Ernährermodell und seine traditionellen Hintergründe eine untergeordnete Rolle spielten und noch immer spielen.

**Abbildung 4:** Grafischer Überblick über die Entwicklung der ostdeutschen Geschlechterkultur, Anfang 1990er bis Anfang des 3. Jahrtausends

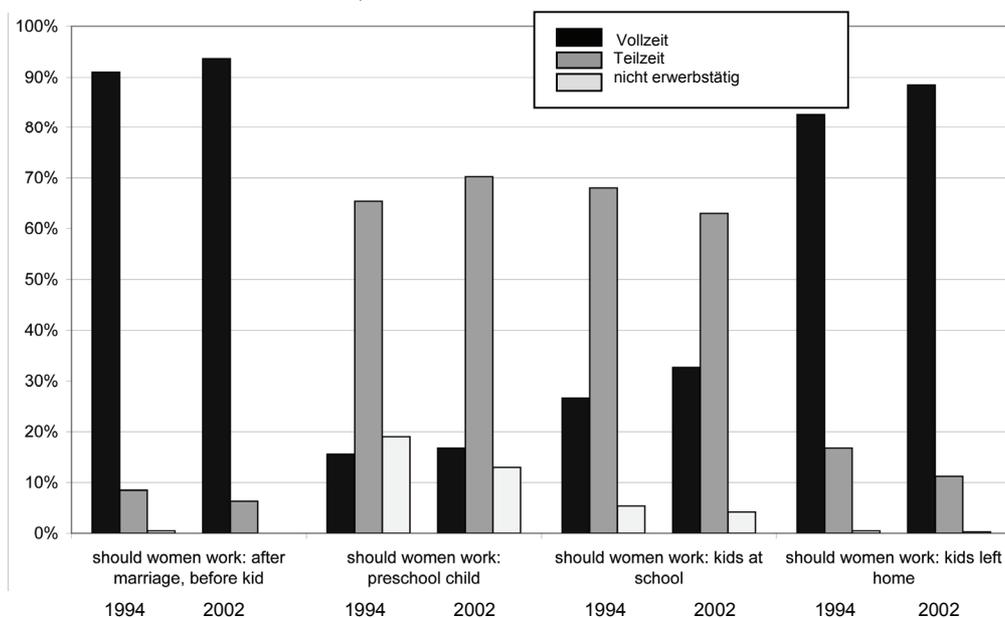


*Hinweis:* Linienverlauf entsteht durch Mittelwert der Zustimmungswerte der entsprechend zugeordneten Indikatoren (1990+1994 = Anfang 1990er; 1999 = Ende 1990er; 2002+2006 = nach 2000); vgl. Übersicht A1 im Anhang; Werte auf 0,05 gerundet.

*Quelle:* ISSP 1994, 2002; EVS 1990, 1999; EB 42, 65.1; jeweils 25-65jährige, eigene Auswertung und Darstellung.

Ähnlich konstant ist die Teilzeitpräferenz für ostdeutsche Mütter mit Kindern im Haushalt, die seit der Wiedervereinigung eine deutliche Mehrheit hinter sich hat (Abbildung 5). Sowohl Vollzeitberufstätigkeit als auch sog. „Vollzeitmutter“ während der Kleinkindphase werden nur von Minderheiten favorisiert. Für Mütter von größeren Kindern dagegen sehen im Jahr 2002 schon fast ein Drittel der Ostdeutschen eine Vollzeiterwerbstätigkeit als die beste Lösung an. Wie in den alten Bundesländern ändert sich die Verteilung über die Präferenzmodelle demnach zwar abrupt, sobald ein Kleinkind im Haushalt lebt. Allerdings spielt die Aufgabe des mütterlichen Berufs kaum eine Rolle, sondern Teilzeitarbeit ist und war die dominierende gewünschte Erwerbsform für Mütter in den neuen Bundesländern. Das 1,5-Verdienermodell ist also trotz der vehementen Förderung weiblicher Vollzeiterwerbstätigkeit unter dem DDR-Regime das dominierende Familienleitbild für ostdeutsche Familien mit Kindern.

**Abbildung 5:** Gewünschtes Erwerbsverhalten von Frauen ohne Kinder, mit Kleinkindern, mit Schulkindern und mit erwachsenen Kindern in Ostdeutschland, 1994-2002



Quelle: ISSP 1994, 2002; 25-65jährige; eigene Auswertungen.

#### *Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Wandlungsprozesse*

Auf der Ebene des Geschlechter-Arrangements in Deutschland ist der internationale Trend einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit auch im nationalen Kontext unverkennbar, allerdings geht er zum Großteil auf die Expansion der Teilzeitstellen zurück. Diese Beschäftigungsform wird häufig von Müttern in Anspruch genommen, vor allem in den alten Bundesländern. Ostdeutsche Frauen dagegen sind vermehrt voll berufstätig, auch wenn Kinder im Haushalt leben. Diese Unterschiede in der sozialen Praxis bestehen auch nach mehr als einem Jahrzehnt gemeinsamer familienpolitischer Rahmenbedingungen fort. Seit der Wiedervereinigung fördern jene zwar verstärkt die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, allerdings existieren noch diverse sozialpolitische Anreize, zumindest in der Familienphase mit kleinen Kindern das Ernährermodell zu praktizieren. Auf der geschlechterkulturellen Ebene ist weibliche Berufstätigkeit in der deutschen Bevölkerung flächendeckend akzeptiert, jedoch wird in beiden Landesteilen erwartet, dass Mütter beruflich zurücktreten, sobald Kinder im Haushalt leben. Bedeutete dies Ende der 1980er in den alten Bundesländern noch häufig die vollständige Aufgabe der Erwerbstätigkeit, so ähneln die bevorzugten Familienmodelle heute eher dem sog. „1,5-Verdienermodell“ mit einem vollzeit- (in der Regel der Mann) und einem teilzeitbeschäftigten Elternteil. Ost und West haben sich dabei hinsichtlich ihrer Geschlechterkultur in den letzten Jahren angenähert, allerdings sind auch noch deutliche Unterschiede erkennbar, die sich auch auf das Geschlechter-Arrangement niederschlagen.

Auch bezüglich der Veränderungen auf der strukturellen und der kulturellen Ebene fallen in den letzten Jahrzehnten einige Diskrepanzen auf. Die Familienpolitik im Westen etablierte und erhielt bis ins 21. Jahrhundert vielfältige Regelungen, die die Verbreitung des Ernährersmodells in Westdeutschland weiter unterstützten. Allerdings waren Mütter zunehmend unzufrieden mit dieser Organisation des Familienlebens, immer mehr Frauen wollten gar nicht mehrere Jahre komplett zuhause bleiben. Der Wiedereinstieg ins Erwerbsleben nach der Babypause gestaltete sich aber mangels Betreuungsmöglichkeiten und Teilzeitarbeitsplätzen schwierig.<sup>16</sup> Diese und ähnliche Spannungen zwischen kultureller und institutioneller Ebene legen nahe, dass die geschlechterkulturellen Vorstellungen unter den (West-)Deutschen seit etwa Mitte der 1990er Jahre fortschrittlicher (im Sinne von stärker am 1,5- und Zweiverdienermodell ausgerichtet) als die entsprechenden familien- und arbeitsmarktpolitischen Regelungen waren. Erst Anfang des dritten Jahrtausends reagierten diverse Reformen auf die Bedürfnisse in der Bevölkerung (Teilzeitbefristungsgesetz, Tagesbetreuungsausbaugesetz, Elterngeld etc.); in groben Zügen scheinen sich sowohl Kultur als auch Struktur nun am 1,5-Verdienermodell zu orientieren, wobei dem möglichst raschen Wiedereinstieg nach der Geburt und der gleichberechtigten Aufteilung der Betreuungszeit zwischen Männern und Frauen verstärkt Gewicht verliehen wird.

Auch der ostdeutschen Geschlechterkultur müssten diese familienpolitischen Entwicklungen entgegen gekommen sein, da sie bereits in den frühen 1990ern viel stärker am Zweiverdienermodell orientiert war als die westdeutsche, wenn auch mit einer überraschend weit verbreiteten Teilzeitpräferenz für Mütter von Kleinkindern. Es ist zu vermuten, dass die ehemaligen DDR-Bürger eine verringerte Arbeitszeit für diese Gruppe auch schon vor der Wiedervereinigung befürwortet hätten, d.h. die vom sozialistischen Regime aufgezwungene, kurze Erwerbspause von nur einem Jahr mit anschließender Rückkehr in den Beruf zu Vollzeitbedingungen stand im Gegensatz zu den verbreiteten Werten. Die neuen Bundesländer sind zwar bezüglich der Geschlechterkultur und des Geschlechter-Arrangements auch nahezu zwei Dekaden nach der Einigung noch sichtbar weiter in Richtung Zweiverdienermodell positioniert, aber dennoch ist in beiden Bereichen eine Annäherung der beiden deutschen Landesteile zu beobachten.

## Fallstudie 2: Niederlande

### *Die soziale Praxis: Das Geschlechter-Arrangement*

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern, von denen viele bereits in den 1960ern einen Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung und -beschäftigung erlebten, waren die Niederlande zwar eher ein „Späentwickler“. Sie haben dies aber durch ein rasantes Wachstum in den letzten 30 Jahren wieder weitgehend wettgemacht, so dass im Jahr 2007 bereits 68% aller Frauen zwischen 15 und 64 Jahren berufstätig waren. Es fallen jedoch auch die im internationalen Vergleich immens hohen Teilzeitquoten in den Niederlanden auf: seit Anfang der 1980er Jahre stieg der entsprechende Anteil unter allen Beschäftigten bei den Frauen von etwa 45% auf über 60% und bei den Männern von 5% auf 15%. Insgesamt arbeiteten damit im Jahr 2006 mehr als ein Drittel aller beschäftigten Niederländer weniger als 30 Wochenstunden (OECD Factbook 2008).

---

<sup>16</sup> vgl. Fuhrmann 2005; Wendt/Maucher 2000.

Anders als ihre (west-)deutschen Nachbarn betrachten aber immer mehr Niederländerinnen die Geburt eines Kindes nicht mehr als Anlass, ihren Beruf aufzugeben: Im Jahr 2003 nahmen 90% der frisch gebackenen Mütter nach dem Mutterschaftsurlaub ihre alte Beschäftigung wieder auf (1997 entschieden sich nur etwa drei Viertel dazu), reduzierten dann aber meistens ihre Arbeitszeit. Der Anteil der Mütter, die gleich nach der gesetzlich vorgeschriebene Mutterschutzfrist von mindestens zehn Wochen gleich wieder Vollzeit arbeiten, ist dagegen kaum gestiegen (Beckers 2004). In den Niederlanden scheint also inzwischen das 1,5-Verdienermodell in Familien mit Kindern zu dominieren, und zwar bereits sehr früh nach der Geburt eines Kindes und dann auf Dauer.

#### *Die Geschlechterordnung: Familienpolitische Interventionen*

Anders als in Deutschland gibt es in den Niederlanden erst seit 2007 ein gesondertes Ministerium, das sich explizit mit „Familie“ beschäftigt. Im Fokus steht dort aber eher das Wohlergehen der Kinder, ein Gleichgewicht zwischen Familienleben und Beruf auf Seiten der Eltern wird mehr als Voraussetzung dafür denn als Ziel an sich betrachtet (Ministerie van Jeugd en Gezin 2007). Eine Gemeinsamkeit der beiden Länder ist dahingegen, dass die Sozialpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst stark am Ernährermodell ausgerichtet war. Angesichts verschiedener sozioökonomischer und kultureller Veränderungen wie z.B. drastisch sinkender Geburtenraten, wachsenden Arbeitskräftebedarfs und steigender Scheidungsraten büßte das reine Ernährermodell jedoch zunehmend an Popularität ein. Ab 1974 verfolgte die niederländische Regierung daher offiziell eine aktive Politik für die Emanzipation der Frauen, was die Einführung diverser Maßnahmen zur Stärkung ihrer Position sowie die Beseitigung von Geschlechterungleichheiten vorsah. In den 1980er Jahren tauchte erstmals die Idee der gleich verteilten Arbeit in der niederländischen Gesellschaft auf, allerdings war trotz eines lebhaften öffentlichen Diskurses über das Recht der Frauen auf Arbeit wenig konkrete politische Handlung erkennbar; die finanziellen Anreize, Arbeit und Familie zu kombinieren, waren eingeschränkt im Vergleich zu Regelungen, die das Ernährermodell begünstigten. Allerdings einigten sich die Sozialpartner bereits 1982 im Abkommen von Wassenaar, Teilzeitarbeit u.a. als Instrument zur Umverteilung von Arbeit und zur Erhöhung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen zu benutzen (van den Brekel/van de Kaa 1994: 253-256, 259f.; Peper/Phlippen 2003: 1-5; van Oorschot 2008: 475f.).

Seit Ende der 1980er Jahre veröffentlichte die niederländische Regierung jedoch Berichte, in denen sie die Notwendigkeit einräumte, Hindernisse für die Vereinbarkeit von Elternschaft und anderen Lebensstiloptionen aus dem Weg zu schaffen und ihre Bereitschaft zur Umsetzung dieses Zieles signalisierte. Seitdem verfolgt die niederländische Sozialpolitik daher zwei Hauptziele: (1) die Steigerung der Zahl ökonomisch unabhängiger Frauen und (2) eine ähnlichere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern. Von 1990 bis 2002 förderte die Regierung auch de facto den Ausbau von Kindertagesstätten und erreichte damit eine erhebliche Steigerung der Kinderbetreuungskapazität.<sup>17</sup> Schließlich trat 1991 ein Gesetz zum Elternurlaub in Kraft, das beiden Elternteilen das Anrecht auf einen unbezahlten Teilzeiturlaub mit mindestens 20 Wochen-

---

17 Da Kinderbetreuung jedoch nicht als staatliche Aufgabe verstanden wurde und deren Verwaltung und Finanzierung seit Mitte der 1980er den Gemeinden oblag, stiegen mit der Anzahl der Plätze auch die Preise.

stunden Arbeit für einen maximalen ununterbrochenen Zeitraum von sechs Monaten gewährte, und zwar bis zum vierten Lebensjahr des Kindes. Damit sollten Frauen dazu bewegt werden, gleich nach der Geburt wieder erwerbstätig zu sein, und Männer angeregt, ihrer Familie mehr Zeit zu widmen. Allerdings war in dem Gesetz kein finanzieller Ausgleich vorgesehen.<sup>18</sup> Dieser wurde im Rahmen des bedarfsunabhängigen Kindergelds geleistet, bietet jedoch nur eine Absicherung auf sehr niedrigem Niveau, vor allem für Großfamilien (van den Brekel/van de Kaa 1994: 266-269; Tyroller 2005; van Oorschot 2008: 471f.).

Tabelle 2: Überblick über die niederländische familienrelevante Sozialpolitik (Stand: Dezember 2007)

	Ausgestaltung	Entwicklung	Einfluss auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf
<b>Geldleistungen</b>	<i>Kindergeld</i> : €60 - €90 pro Monat	alte Regelung; stetige Senkung	positiv; allerdings kein Ausgleich der Ausgaben für Kinder
	<i>Mutterschaftsgeld</i> : 100% Lohnersatz für 16 Wochen	alte Regelung; Verlängerung der Bezugsdauer Ende der 1980er	positiv: hohe Ersatzrate, relativ lange Bezugsdauer
	<i>Zuschuss zu Kinderbetreuungskosten</i> : bis zu zwei Drittel (teils Übernahme durch Arbeitgeber, teils durch Steuernachlässe)	neue Regelung (2005); seit 2007 gesetzliche Verpflichtung für Arbeitgeber, 1/6 der Kosten zu übernehmen	positiv: Beteiligung von Staat und AG an Kosten bei zwei berufstätigen Elternteilen bzw. Teilnahme an Arbeitsmarktmaßnahmen
	<i>Steuerermäßigungen</i> bei (1) Unterhaltung von Kindern (2) Inanspruchnahme von Elternurlaub	neue Regelung (Steuerreform 2001); vorher starker Bias in Richtung des Ernährermodells	positiv: trotz individualisiertem Steuersystem Vorteile für Familien; Anreize zur Erwerbstätigkeit
<b>zeitwerte Anrechte</b>	<i>Arbeitszeitminderung/-steigerung</i> : ohne Angaben von Gründen	neue Regelung (seit 2000); quasi Erweiterung des Elternurlaubs	positiv; besonders Option der Steigerung bei zunehmendem Kindesalter
	<i>Lebensarbeitszeitkonten</i> : steuerfreies Sparen vom Bruttogehalt zur Finanzierung von Auszeiten	neue Regelung (seit 2006)	positiv: flexible und individuelle Gestaltung von Betreuungspflichten für beide Elternteile negativ: individuelle Verantwortung für finanzielle Absicherung
<b>Realtransfers</b>	<i>Kinderbetreuung</i> : komplett der Privatwirtschaft und Stiftungen übergeben	Seit Ende der 1990er zunehmender Rückzug des Staates	positiv: Wahlfreiheit der Eltern negativ: hohe Preise, eher „Betreuen“ statt „Erziehen“

Quelle: eigene Zusammenstellung.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Umverteilung der Arbeit (sowohl zwischen Männern und Frauen als auch zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen) stellte der Emanzipationsrat im Jahr 1996 schließlich das „Zweimal-Drei-Viertel-Modell“ vor, in dem Männer und Frauen etwa vier Tage pro Woche einer bezahlten Beschäftigung nach-

<sup>18</sup> Dieser stand nur Angestellten des Öffentlichen Dienstes und einer Minderheit der Beschäftigten zu, die von einer entsprechende Tarifvertragsregelung profitierten (Knijn 2008:164).

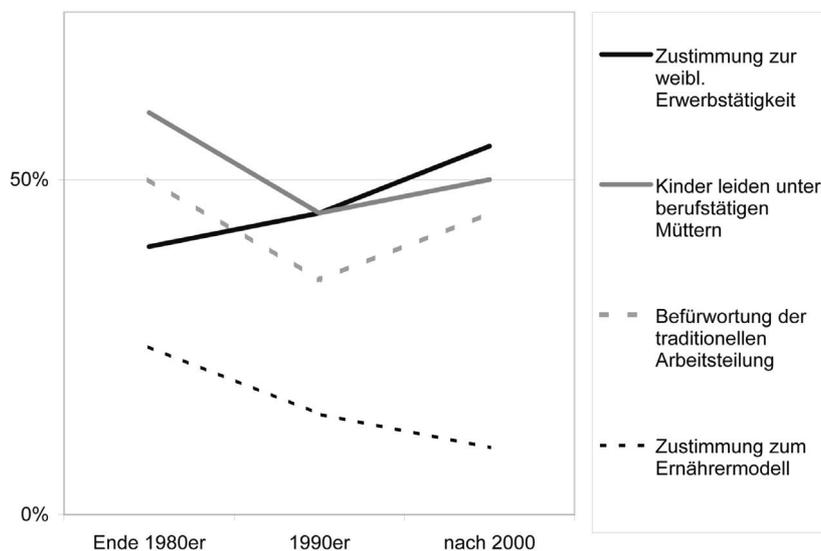
gehen, die Verantwortung für unbezahlte Haushaltstätigkeiten (vor allem Kinderbetreuung) unter sich aufteilen und – in begrenztem Umfang – auf öffentliche Betreuungsmöglichkeiten zurückgreifen. Einen ähnlichen Zweck verfolgte auch das „Kombinationsszenario“, das 1998 von der sozial-liberalen Regierung sogar als offizielle Politik übernommen und durch weitere Verbesserung der Stellung von Teilzeitbeschäftigten begleitet wurde (Knijn 2002: 186; Peper/Phlippen 2003: 7f.; Plantenga et al. 1999: 102f.).

Die Förderung der Teilzeitarbeit scheint somit die zentrale Strategie der niederländischen Politik zu sein, um Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Seit Januar 2006 wird den Beschäftigten außerdem im Rahmen der „Lebensarbeitszeitregelung“ ein großer Spielraum zugestanden, entsprechend ihren Bedürfnissen individuelle „Lebenslauf-Arrangements“ (Peper/Phlippen 2003: 13) zu treffen. Seitdem sind fast alle Regelungen von Arbeitsmarktauseiten bezüglich Betreuungsaufgaben gestrichen und müssen/ können individuell geplant und finanziert werden. Dadurch entstehen einerseits Anreize für Frauen (aber auch für Männer), dem Arbeitsmarkt aufgrund Kinderbetreuung möglichst kurz fernzubleiben; andererseits wird das Aufziehen von Kindern zu einem „persönlichen Risiko“, das besonders für einkommensschwache Familien eine große Bürde darstellt (Knijn 2008: 165). Das weitgehend individualisierte Steuerrecht, der marktwirtschaftliche Ansatz der Kinderbetreuung und die zunehmende Flexibilisierung der Arbeit bestätigen den seit den 1970er Jahren zu beobachtenden Trend, dass die vormals sehr konservativ geprägte Sozialpolitik in den Niederlanden inzwischen vielfältige Elemente der sozialdemokratischen und liberalen Wohlfahrtsregime aufgenommen hat und somit heute eine Mischform darstellt (vgl. auch Knijn 2008; van Oorschot 2008).

#### *Die Geschlechterkultur: Der Wandel der normativen Leitbilder*

Die geschlechterkulturellen Vorstellungen und ihre Ausbildung im Zeitverlauf sind in den Niederlanden nicht immer eindeutig und konsistent (vgl. dazu auch Knijn 2008: 156f.). Erstaunlich ist, dass erst seit der Jahrtausendwende eine Mehrheit den Indikatoren zur weiblichen Erwerbstätigkeit zustimmt (Abbildung 6). Demgegenüber sank allerdings der Anteil der Befürworter des reinen Ernährersmodells im Beobachtungszeitraum von einem Minderheitswert weiter ab auf ein Zehntel. Seit Ende der 1990er Jahre scheint es zudem wieder mehr Niederländer zu geben, die die traditionelle Arbeitsteilung befürworten und befürchten, Kinder litten unter berufstätigen Müttern.

Abbildung 6: Grafischer Überblick über die Entwicklung der niederländischen Geschlechterkultur, Ende der 1980er bis Anfang des 3. Jahrtausends



*Hinweis:* Linienverlauf entsteht durch Mittelwert der Zustimmungswerte der entsprechend zugeordneten Indikatoren (1988 + 1990 = Ende 1980er; 1994 + 1999 = 1990er; 2002 + 2006 = nach 2000), vgl. Übersicht A1 im Anhang; Werte auf 0,05 gerundet.

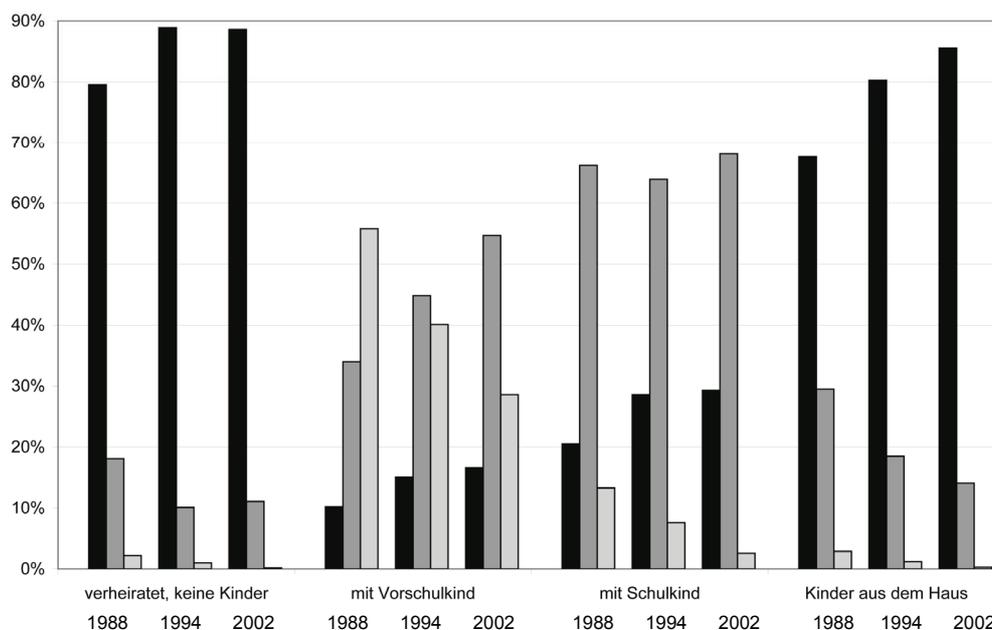
*Quelle:* ISSP 1988, 1994, 2002; EVS 1990, 1999; EB 42, 65.1; jeweils 25-65jährige, eigene Auswertung und Darstellung.

Allerdings kann hier möglicherweise ein genauerer Blick auf die Verteilung der Erwartungen an mütterliche Erwerbstätigkeit in Abhängigkeit vom Familienzyklus Klarheit bringen (Abbildung 7). Wie in Deutschland wird demzufolge Vollzeit-erwerbstätigkeit für Frauen im ersten Familienabschnitt (d.h. ohne Kinder) bereits seit Ende der 1980er von mindestens 80% der niederländischen Bevölkerung als die beste Alternative angesehen. Wieder zeigt sich jedoch ein fundamentaler Wandel der Verteilung, sobald ein Kind geboren ist. In den vier bis fünf darauf folgenden Jahren<sup>19</sup> war Vollzeit-erwerbstätigkeit auch 2002 noch die am seltensten befürwortete Option, während die der vollständigen Erwerbspause allmählich von der Ausübung einer Teilzeitbeschäftigung verdrängt wurde.

Ähnlich wie in Deutschland ist in den Niederlanden Vollzeit-erwerbstätigkeit von Frauen also nur solange gesellschaftlich akzeptiert, als sie keine familiären Verpflichtungen haben. Auch noch zu Beginn des dritten Jahrtausends halten Niederländer es für am besten, wenn die Mutter nach der Geburt eines Kindes das Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit verringert. Dabei spielt die vollständige Aufgabe des Berufs jedoch höchstens bei Vorschulkindern noch eine nennenswerte Rolle und die Verteilung der Präferenzmodelle ähnelt damit eher der Situation in Ostdeutschland.

<sup>19</sup> Anders als in Deutschland und Dänemark beginnt die Schulpflicht in den Niederlanden nicht mit dem sechsten, sondern bereits mit dem fünften Lebensjahr und es können auch schon Vierjährige eingeschult werden.

**Abbildung 7:** Gewünschtes Erwerbsverhalten von Frauen ohne Kinder, mit Kleinkindern, mit Schulkindern und mit erwachsenen Kindern in den Niederlanden, 1988-2002



Quelle: ISSP 1988, 1994, 2002; 25-65jährige; eigene Auswertungen.

### *Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Wandlungsprozesse*

Das niederländische Geschlechter-Arrangement hat sich in den letzten Jahrzehnten durch die rasant steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen auffällig verändert. Zwar praktizieren noch etwa ein Drittel aller Familien das reine Ernährermodell, fast die Hälfte der Familien bevorzugt allerdings inzwischen das 1,5-Verdienermodell, und zwar derart, dass die Mutter unmittelbar nach Ablauf der Mutterschutzzeit für eine reduzierte Stundenzahl an ihren Arbeitsplatz zurückkehrt. Auf struktureller Seite werden Teilzeitarbeit und flexible Beschäftigungsformen gefördert. Dies geschieht durch vielfältige Angebote für beide Partner, die nicht (immer) zweckgebunden sind; dennoch sind es hauptsächlich Frauen, die flexibel und in Teilzeit berufstätig sind, um parallel Kinderbetreuungsaufgaben wahrnehmen zu können.

Trotz der Unstimmigkeiten bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit auf der geschlechterkulturellen Ebene gehe ich davon aus, dass die Niederländer im Allgemeinen eine relativ moderne Einstellung haben, was (ununterbrochene) Berufstätigkeit von Müttern betrifft. Allerdings hat die Betreuung eines Kindes von der eigenen Mutter ebenfalls noch einen hohen Stellenwert, daher soll externe Betreuung möglichst nur stunden- oder tageweise in Anspruch genommen werden; hier spielen allerdings auch die hohen Kosten der inzwischen komplett privatisierten Betreuungsstätten eine Rolle, sowie der hohe bürokratische Aufwand bei der Beantragung von Zuschüssen (vgl. Knijn 2008).

Mit Blick auf die parallele Entwicklung von Geschlechterkultur und Geschlechterordnung nehme ich damit an, dass die Reformen zugunsten der Teilzeitbeschäftigung

(verstärkt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre) den niederländischen Müttern entgegen kamen; sie beugten sozusagen einem Konflikt zwischen gesellschaftlich etablierten Normen bezüglich Mutterschaft und dem steigenden Bedürfnis nach Erwerbstätigkeit von Frauen vor, indem sie eine Beschäftigungsform etablierten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichte oder zumindest stark erleichterte.<sup>20</sup>

### Fallstudie 3: Dänemark

#### *Die soziale Praxis: Das Geschlechter-Arrangement*

Die Erwerbstätigkeit der dänischen Frauen ist bereits seit den frühen 1980er Jahren eine Selbstverständlichkeit: Ihre Beschäftigungsquote ist seitdem konstant hoch und schwankt um 70%; im Jahr 2005 führte Dänemark diesbezüglich sogar die Rangliste der damals 25 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an (Statistics Denmark 2007: 117f.). Eine weitere Besonderheit der dänischen Erwerbsmuster ist die sinkende Entwicklung der Teilzeitarbeit in der weiblichen Bevölkerung: im Jahr 2005 arbeiteten nur noch 22% der erwerbstätigen Däninnen weniger als 30 Stunden pro Woche. Auch in der dänischen Bevölkerung sind damit mehr Frauen als Männer in Teilzeit beschäftigt, allerdings mit konvergierendem Trend. Die durchschnittliche Arbeitszeit dänischer Frauen liegt seit dem Jahr 2000 bei etwa 32 bis 33 Wochenstunden.<sup>21</sup> Daneben fällt auf, dass die Hälfte von ihnen im öffentlichen Dienst arbeitet (Statistics Denmark 2007: 127).

Auch Mutterschaft hat kaum Einfluss auf ihre Erwerbstätigkeit, denn die Beschäftigungsquote von Müttern mit Kindern unter 12 Jahren betrug im Jahr 2003 herausragende 80%<sup>22</sup> (Roostgaard 2006: 95). Dies liegt hauptsächlich daran, dass Frauen nach der Geburt eines Kindes innerhalb weniger Monate wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren – überwiegend zu Vollzeitbedingungen – und ihr Kind einer Tagesbetreuungsstätte anvertrauen. So nahmen die frisch gebackenen dänischen Mütter im Jahr 2005 durchschnittlich etwa neun Monate (271 Tage) des Elternurlaubs in Anspruch; Väter blieben dagegen nur 22 Tage zuhause. Es sind also trotz allem überwiegend die Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. Das Geschlechter-Arrangement in Dänemark ähnelt damit sehr stark dem Zweiverdienermodell, wenn auch noch blasse Spuren einer traditionellen Rollenverteilung in Form der längeren Inanspruchnahme der Freistellungszeiten durch Frauen zu sehen sind.

#### *Die Geschlechterordnung: Familienpolitische Interventionen*

In Dänemark wird Familienpolitik nicht so ausdrücklich formuliert wie in Deutschland, da man den vielfältigen Lebensformen neutral gegenüber treten will. Die entsprechenden Regelungen sind wie die dänische Sozialpolitik im Allgemeinen stark von den Vorstellungen der Individualität, Gleichheit und Solidarität geprägt. Nach der raschen Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt im Zuge des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates in den

20 Visser (2002) schränkte in diesem Zusammenhang jedoch ein, dass Teilzeitarbeit unter den niederländischen Müttern hauptsächlich deshalb so verbreitet sei, weil es an öffentlicher Unterstützung mangle und eine eingeschränkte Berufstätigkeit somit nur die zweitbeste Option sei (Visser 2002: 34).

21 Männer dagegen arbeiteten im gleichen Zeitraum zwischen 38 und 39 Wochenstunden (Quelle: AKU7, Statbank Denmark: [www.statbank.dk](http://www.statbank.dk))

22 Über den Anteil der Teilzeitbeschäftigung darunter sind keine Daten verfügbar.

1960er Jahren bildeten sich zudem bald Frauenbewegungen, die eine vergleichsweise frühe Reaktion auf politischer Ebene erreichten. Somit profitierten die Däninnen bereits in den 1970er und 1980er Jahren von der öffentlichen Bearbeitung der Gleichstellungsfragen (Fuhrmann 2005: 69, 73). In den frühen 1980er Jahren wurde im Rahmen dessen die Mutterschutzzeit auf 24 Wochen verlängert, von denen die letzten zehn erstmals auch vom Vater genommen werden konnten; außerdem erhielten junge Väter zwei Wochen Zusatzurlaub nach der Geburt, und zwar mit nahezu vollständigem Einkommensersatz (Fuhrmann 2005: 46-55; Pruzan 1994: 49-52). Im Jahr 1987 wurde schließlich auch ein Kindergeld eingeführt, dessen Höhe jedoch – anders als z.B. in den Niederlanden – mit zunehmendem Alter des Kindes sinkt.

Als die Arbeitslosigkeit Ende der 1980er rapide zu steigen begann, versuchte man der Krise zunächst mit klassischen Mitteln zu begegnen und führte daher ab 1993 großzügige Freistellungsregelungen ein. Ab Januar 1994 konnten sich somit Eltern von Kindern bis acht Jahren wegen Kinderbetreuung beurlauben lassen und erhielten einen Lohnausgleich, der dank kommunaler Zuschläge nicht selten 90% erreichte. Sofort nach Einführung des Programms explodierte das Interesse quasi, allerdings war die überwältigende Mehrheit aller Beurlaubten Frauen, so dass es innerhalb kurzer Zeit besonders im Öffentlichen Dienst zu Personalengpässen kam und daraufhin die kommunalen Zuschüsse wieder gestrichen wurden. Nachdem Mitte der 1990er Jahre das Wirtschaftswachstum einsetzte, wurden die Freistellungsregelungen weiter gekürzt und/oder finanziell unattraktiv gemacht. Im Öffentlichen Dienst blieben die Beurlaubungsmöglichkeiten allerdings relativ großzügig, so dass sich der Frauenanteil dort weiter erhöhte und sich somit die berufliche Segregation in Dänemark festigte (Fuhrmann 2005: 59; Pruzan 1994: 45f.).<sup>23</sup> Da nun im Aufschwung wieder alle Arbeitskräfte gebraucht wurden, bemühte sich die dänische Regierung um den weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, so dass im Jahr 2002 das Ziel der vollständigen Deckung beinahe erreicht war. Die Reform der Urlaubsansprüche aufgrund von Elternschaft, die im Frühling 2002 in Kraft trat, hob die Unterscheidung zwischen Mutterschutzzeit, Vaterschafts- und Mutterschaftsurlaub etc. auf und bedeutete im Vergleich zur alten Regelung zwar einen höheren finanziellen Ausgleich, aber eine kürzere Dauer. Seitdem können Eltern also nur noch etwa ein Jahr zuhause bleiben, währenddessen jedoch bis zu 100% ihres vorherigen Gehalts beziehen. Verlängerungen sind nur noch um einige Wochen möglich und bei niedrigerer Ersatzrate; außerdem wurde die Flexibilität der Inanspruchnahme erhöht und die Rückkehrmöglichkeit auf Teilzeitbasis eingeführt (Roostgaard 2006: 95ff.).

---

23 Diese Entwicklung könnte auch die oben erwähnte Tatsache erklären, dass Frauen im Allgemeinen längeren Elternurlaub nehmen als Männer, da sie tendenziell günstigere Bedingungen genießen.

Tabelle 3: Überblick über die dänische Familienpolitik (Stand: Dezember 2007)

	Ausgestaltung	Entwicklung	Einfluss auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf
<b>Geldleistungen</b>	<i>Kindergeld:</i> €110 – €155 pro Monat	alte Regelung; stetige Erhöhung	positiv; nur partieller Ausgleich für tatsächliche Kosten
	<i>Mutterschaftsgeld:</i> 100% Lohnersatz für 18 Wochen	alte Regelung; konstant	positiv: hohe Ersatzrate, sehr lange Bezugsdauer
	<i>Elterngeld:</i> bis zu 100% Lohnersatz für ca. 11 Monate nach Geburt	neue Regelung; Reform 2002: höherer Betrag, kürzere Bezugsdauer	positiv: hohe Ersatzrate, Anreiz zur frühen Rückkehr in den Beruf, für beide Eltern
	<i>Steuerrecht:</i> Ehegattenvorteil	alte Regelung	negativ: setzt Anreiz zum 1,5-Verdiener-/Ernährermodell
	<i>Kinderbetreuungsbeihilfe:</i> bis zu 70% der Kosten öffentlicher Betreuung bei Nicht-Inanspruchnahme derselben	neue Regelung (2002/2003) <sup>24</sup>	negativ: Anreiz zur Heimbetreuung, aber auch positiv: finanzielle Beihilfe für private Betreuungsangebote
<b>zeitwerte Anrechte</b>	<i>Vaterschaftsurlaub:</i> 2 Wochen bei 100% Lohnersatz	alte Regelung	positiv: relativ lang, allerdings innerhalb Mutterschutzzeit
	<i>Elternurlaub:</i> 32 Wochen für beide Eltern ab 14. Lebenswoche des Kindes	neue Regelung (Reform 2002): kürzere Dauer	positiv: Flexibilität, Aufschub- und Teilzeitmöglichkeit
<b>Realtransfers</b>	<i>Kinderbetreuungsangebot:</i> vielfältig, stark subventioniert (zu mind. 70%), hohe Deckung	alte Regelung, stetiger Ausbau	positiv: macht frühe Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung möglich, pädagogische Komponente

Quelle: eigene Zusammenstellung.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das umfassende Kinderbetreuungssystem eine zentrale Rolle bei der Vereinbarung von Familie und Beruf in Dänemark spielt, denn Freistellungs- und Teilzeitregelungen sind mittlerweile eher knapp ausgestaltet. Dies entspricht der Strategie der dänischen Sozialpolitik, eine möglichst umfassende Einbindung der Bevölkerung in den Arbeitsmarkt zu erreichen, u.a. um die Nachfrage der boomenden Wirtschaft bedienen und den hohen Standard der steuerfinanzierten öffentlichen Dienstleistungen aufrechterhalten zu können.

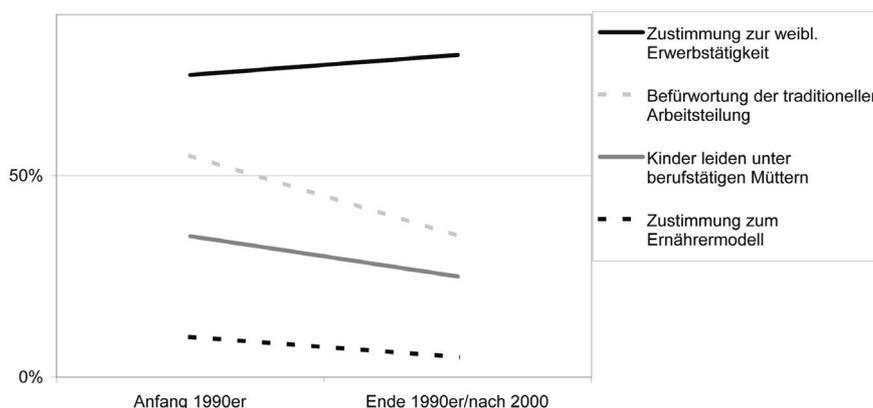
#### *Die Geschlechterkultur: Der Wandel der normativen Leitbilder*

Die geschlechterkulturellen Vorstellungen der Dänen scheinen zunächst sehr modern und egalitär: Abbildung 8 zeigt, dass das Ernährermodell bereits zu Beginn der 1990er Jahre in Dänemark nur noch von einer kleinen Minderheit vertreten wurde, die seitdem noch weiter schrumpfte. Im Gegenzug gewinnt die allgemeine Zustimmung weiblicher Erwerbstätigkeit, die traditionell weit verbreitet ist, weiter an Befürwortern. Interessant ist in dieser Hinsicht allerdings, dass auch 2003 noch nur 58% der Dänen der Meinung waren, Frauen und Män-

24 Seit 2002 können die Gemeinden Zuschüsse gewähren, falls Eltern ihre Kinder selbst betreuen und somit keinen öffentlich finanzierten Betreuungsplatz beanspruchen; seit 2003 kann dieser Zuschuss auch in Fällen gewährt werden, in denen Eltern eine dritte Person zur Kinderbetreuung beschäftigen oder einen privaten Anbieter wählen (Quelle: Ministerium für Inneres und Gesundheit, <http://www.im.dk>).

ner sollten tatsächlich die gleiche Wochenstundenzahl arbeiten (EB 59.0). Auf den ersten Blick scheint das Zweiverdienermodell in der dänischen Gesellschaft somit spätestens seit Ende der 1980er kulturell deutlich gestützt zu werden; teilweise ist bei den verschiedenen Indikatoren sogar noch eine weitere Entwicklung in diese Richtung erkennbar.

Abbildung 8: Grafischer Überblick über die Entwicklung der dänischen Geschlechterkultur, Ende der 1980er bis Anfang des 3. Jahrtausends<sup>25</sup>



*Hinweis:* Linienvorlauf entsteht durch Mittelwert der Zustimmungswerte der entsprechend zugeordneten Indikatoren (1990 + 1994 = Anfang 1990er; 1999 + 2002 + 2006 = Ende 1990er/nach 2000), vgl. Übersicht A1 im Anhang; Werte auf 0,05 gerundet.

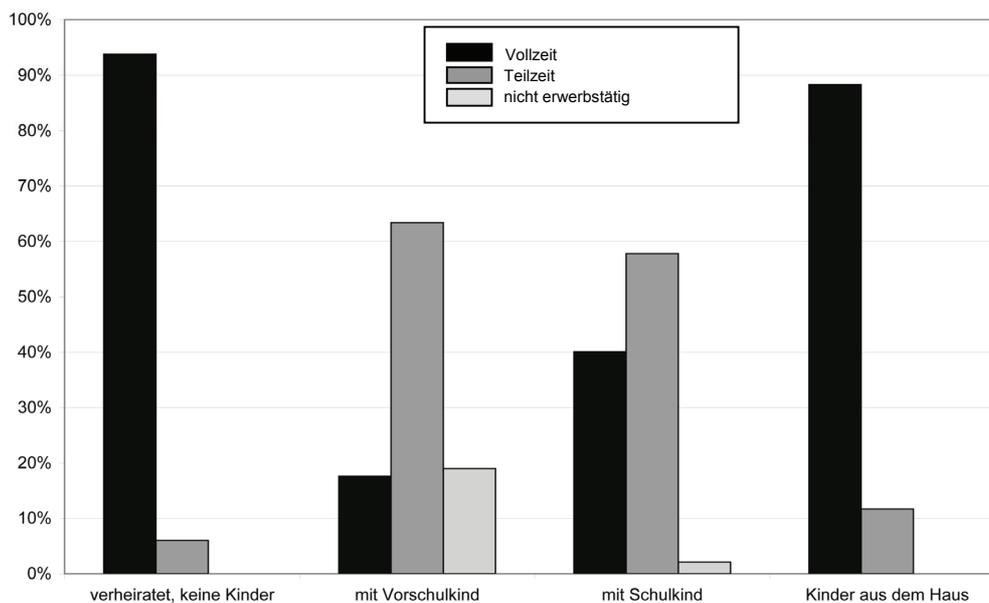
*Quelle:* ISSP 2002; EVS 1990, 1999; EB 34.1, 42, 65.1; jeweils 25-65jährige, eigene Auswertung und Darstellung.

Allerdings fällt beim Blick auf Abbildung 9 die für ein skandinavisches Land ungewöhnlich hohe Präferenz für Mütter in Teilzeitbeschäftigungen auf. Auch in Dänemark offenbaren sich demnach auffällige Unterschiede bezüglich der Vorstellungen von mütterlicher Erwerbstätigkeit je nach Vorhandensein von Kindern im Haushalt und deren Alter. Sogar Mütter von größeren Kindern sollten demnach noch eher Teilzeit als Vollzeit arbeiten, während Vollzeitmutterchaft im Befragungsjahr 2002 nur für die Familienphase mit Kleinkindern einen nennenswerten Wert von knapp einem Fünftel erreicht. Die Dänen vertreten also ebenso wie die Deutschen und die Niederländer mehrheitlich die Ansicht, eine Frau sollte nach Geburt eines Kindes beruflich zurücktreten. Insgesamt ist in der dänischen Geschlechterkultur durchaus eine Entwicklung in den Vorstellungen der Dänen hinsichtlich der Rollen von Frauen erkennbar, allerdings haben sich eher bereits Anfang

25 Da Dänemark erst ab 1998 am ISSP teilnimmt, liegen für das hier verwendete Familien- und Geschlechtermodul nur Daten für die 2002er Welle vor; aus diesem Grund wurden als Eckpunkte im Zeitverlauf auch nur jeweils Anfang der 1990er Jahre und Ende der 1990er/nach 2000 angegeben. Für die Abbildung der Präferenzen für mütterliche Erwerbstätigkeit wird für die 1990er Jahre auf das Eurobarometer 34.1 aus dem Jahr 1994 zurückgegriffen; allerdings werden dort nur Frauen befragt, und zwar nach dem bevorzugten Familienarrangement für ihr eigenes Leben.

der 1990er Jahre bestehende Tendenzen gefestigt als neue Leitbilder (in Form von wechselnden Mehrheiten) gebildet.

**Abbildung 9:** Gewünschtes Erwerbsverhalten von Frauen ohne Kinder, mit Kleinkindern, mit Schulkindern und mit erwachsenen Kindern in Dänemark, 2002



Quelle: ISSP 2002; 25-65jährige; eigene Auswertungen.

#### *Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Wandlungsprozesse*

Die Beschäftigungsformen der dänischen Frauen haben sich seit Anfang der 1980er kaum verändert: Dänemark ist europaweit führend, was die Beschäftigungsquoten von Frauen und auch Müttern betrifft; zwischen beiden Gruppen gibt es kaum Unterschiede, Teilzeitarbeit spielt eine untergeordnete und weiter sinkende Rolle. Demgegenüber ist umso verwunderlicher, dass noch 2002 eine Mehrheit der Befragten dieser Beschäftigungsform für Mütter von Klein- und Schulkindern den Vorrang gibt. Erstaunlich ist diese Präferenz zudem, wenn man bedenkt, dass sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von dänischen Frauen mit etwa 32 Stunden sowieso schon nahe an der OECD-Teilzeitgrenze bewegt.<sup>26</sup>

Grundsätzlich stellt sich die dänische Geschlechterkultur nahe dem Zweiverdienermodell dar, allerdings nicht so progressiv, wie es die soziale Praxis vermuten lassen wür-

26 Dieser Wunsch nach geringerer Arbeitszeit wird auch von einer gesamteuropäischen Umfrage aus dem Jahr 1998 bestätigt. Dänemark lag damals im Trend der skandinavischen Staaten, in denen zwei Vollzeitarbeitsverhältnisse zwar häufig praktiziert, aber weniger gewünscht werden, wobei Paare die Arbeitszeitreduktion häufiger für die Frau als für den Mann verlangen (Bielenski et al. 2001: 3-5).

de; denn die Vollzeitpräferenz für Mütter ist kaum stärker verbreitet als in den Niederlanden und Ostdeutschland. Dänen wollen offensichtlich, dass Frauen in den Arbeitsmarkt integriert sind, allerdings wollen sie auch, dass sie nach der Geburt eines Kindes weniger als Vollzeit arbeiten. Die restriktiven Beurlaubungsregelungen, die nur eine relativ kurze Freistellungszeit bei Elternschaft vorsehen, standen dem allerdings lange im Wege.<sup>27</sup> Diese These wird von der immensen Inanspruchnahme der erweiterten Möglichkeiten in den 1990ern unterstützt, als Frauen sich plötzlich reihenweise beurlauben ließen, um mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen zu können. Nachdem das jedoch ökonomisch unattraktiver wurde, ging auch das Interesse zurück. Diese Entwicklung wiederum könnte einen Hinweis darauf geben, wieso so viele der Dänen, insbesondere der Däninnen, trotz der Teilzeitpräferenz in Vollzeit arbeiten. Denn durch das universalistische Sozialsystem ist die Steuerbelastung relativ hoch, was zwei Einkommen für eine dänische Familie häufig notwendig macht. Das umfassende und kostengünstige Betreuungssystem macht zwei arbeitszeitintensive Beschäftigungen schließlich auch praktisch umsetzbar.

Mit Blick auf die theoretische Grundlage des Zusammenspiels von Geschlechterordnung und Geschlechterkultur argumentiere ich somit, dass die egalitäre Ausrichtung der Sozialpolitik einen so großen Einfluss auf die Handlungsentscheidungen der Dänen ausübt, dass diese ihre Präferenzen in Bezug auf die eigentlich bevorzugte Organisation ihres Familienlebens (die ja wie oben gezeigt eher dem 1,5-Verdienermodell entspricht) oft nicht umsetzen können. Der Kompromiss zwischen Geschlechterkultur und Geschlechterordnung ähnelt schließlich stark dem Zweiverdienermodell. Angesichts der zunehmenden Erleichterung von Teilzeitbeschäftigung in den letzten Jahren könnten sich diese Präferenzen allerdings möglicherweise und in der Zukunft deutlicher in der sozialen Praxis durchsetzen, d.h. die Däninnen könnten ihren Wunsch (und auch den ihrer Partner), mehr Zeit mit ihren Kleinkindern zu verbringen, tatsächlich umsetzen.

#### 4. Länderübergreifender Prozessvergleich

In den vorherigen Kapiteln wurden Deutschland, die Niederlande und Dänemark einer Analyse hinsichtlich der jeweiligen Ausgestaltung von Geschlechter-Arrangement, Geschlechterordnung und Geschlechterkultur seit den 1980er Jahren unterzogen. Aufbauend auf dem theoretischen Konzept von Birgit Pfau-Effinger (1996, 2000) sollte mit Hilfe der analytischen Trennung der drei Bereiche untersucht werden, welche Auswirkungen die Wandlungsprozesse bezüglich der geschlechterkulturellen Vorstellungen in Gesellschaften einerseits und der institutionellen Rahmenbedingungen andererseits auf die Form der Erwerbsbeteiligung von Frauen haben.

Was das *Geschlechter-Arrangement* betrifft, so fallen vor allem in den eher konservativen Ländern Deutschland und Niederlande deutliche Veränderungen in den letzten Jahren auf: Die Beschäftigungsquoten der Frauen sind rapide gestiegen, liegen jedoch auch heute noch unter der dänischen; letztere konnte ihr bereits Anfang der 1980er hohes Niveau sogar noch steigern. Während die deutschen und niederländischen Frauen jedoch hauptsächlich von der Ausweitung der Teilzeitstellen profitierten, hat diese Beschäfti-

---

27 Rückkehr auf Teilzeitbasis ist erst seit 2002 möglich.

gungsform in Dänemark an Bedeutung verloren. Unabhängig von Mutterschaft arbeiten die meisten Däninnen Vollzeit, während die Unterschiede im Erwerbsverhalten zwischen Müttern und Nichtmüttern in den Niederlanden und Ostdeutschland mäßig und am größten in Westdeutschland sind.

Hinsichtlich der *Geschlechterordnung* hat sich in Deutschland erst nach der Jahrtausendwende ein spürbarer Richtungswechsel von der Förderung des Ernährermodells zur Unterstützung eines 1,5-Verdienermodells vollzogen; dieses wird in den Niederlanden seit den 1990er Jahren in Form eines „zweimal drei Viertel“-Modells beworben. In Dänemark hat das egalitäre Zweiverdienermodell traditionellerweise einen hohen Stellenwert, wird jedoch seit wenigen Jahren durch gelockerte Regelungen zur Teilzeitbeschäftigung und zur häuslichen Kinderbetreuung aufgeweicht. Insgesamt lässt sich sagen, dass alle drei Länder in den letzten Jahren ihre sozialpolitischen Angebote flexibilisiert und somit die Wahlfreiheit von Eltern erhöht haben.

Die *Geschlechterkulturen* unterscheiden sich allerdings deutlich: Während die Deutschen in den alten Bundesländern seit den 1980ern einen auffälligen Wandlungsprozess durchlebt und sich erst in den 1990er Jahren das Ideal der teilzeiterwerbstätigen Mutter durchgesetzt hat, ist dies in den neuen Bundesländern und in den Niederlanden bereits seit Anfang der 1990er die beliebteste Familienform. Zudem ist die Befürwortung einer längeren Erwerbspause von Müttern aus Erziehungsgründen ebenso wie der traditionellen Familienrollen überall rückläufig; letztere werden allerdings in Westdeutschland und den Niederlanden noch von relativ großen Minderheiten vertreten. Erstaunlicherweise ist die Vorliebe für Teilzeitbeschäftigungen von Müttern in Dänemark ebenfalls stark ausgeprägt. Damit ähnelt die dänische Geschlechterkultur weitgehend der ostdeutschen; beide haben sich im Beobachtungszeitraum nur wenig verändert und zeigen eine eindeutige Präferenz für das 1,5-Verdienermodell, allerdings mit sichtbarer Tendenz zum Zweiverdienermodell.

Interessant ist hier, dass Dänen und Ostdeutsche bei ähnlich gearteten Familienleitbildern mit jeweils sehr unterschiedlichen sozialpolitischen Rahmenbedingungen konfrontiert sind bzw. waren. Während die Handlungsentscheidungen der erstgenannten stark von der politischen Ausrichtung an einer Familie mit zwei vollzeiterwerbstätigen Erwachsenen geleitet werden, sahen sich die Bürger der ehemaligen DDR nach einem abrupten Systemwechsel in einen stark am Ernährermodell orientierten Sozialstaat versetzt. Beide Staaten scheinen den vorherrschenden Präferenzen in ihren Gesellschaften allerdings in den letzten Jahren entgegen zu kommen – ob bewusst oder unbewusst und explizit mit dieser Zielsetzung oder eher als Nebenprodukt, sei dabei dahin gestellt. Dies gilt gleichermaßen für die Niederlande.

Übergreifend lässt sich feststellen: In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden tatsächlich Diskrepanzen zwischen Geschlechterordnung und Geschlechterkultur; niemals jedoch war die Kluft übermäßig weit, was darauf hindeutet, dass deren Beziehung durch kontinuierliche Wechselwirkungen und Anpassungsprozesse charakterisiert und die Trennung daher nur theoretisch möglich ist. Die jeweilige Gegenüberstellung der beiden Ebenen deckte allerdings auf, dass eben dieses theoretische Konzept durchaus geeignet ist, um die Entwicklung des Geschlechter-Arrangements zu erklären; Kultur darf neben Struktur nicht vernachlässigt werden, wenn die Ausbildung der praktizierten Familienmodelle erklärt werden soll. Beides deckt sich

nicht zwangsläufig und die jeweiligen Ausprägungen führen im Zusammenspiel zu länderspezifischen Geschlechter-Arrangements. Das Gewicht der kulturellen Vorstellungen offenbart sich beispielsweise im Zusammenhang mit den Beurlaubungszeiten nach der Geburt eines Kindes: Die Freistellungszeit war Mitte der 1980er in Westdeutschland und Dänemark mit einer Dauer von sechs bis zehn Monaten relativ gleich kurz. Allerdings kehrten in Dänemark, dem Land mit der kürzeren gesetzlichen Babypause, die meisten Frauen nach deren Ablauf an ihren Arbeitsplatz zurück, und zwar überwiegend zu Vollzeitbedingungen, während die deutschen Mütter ihre Erwerbstätigkeit zum Großteil aufgaben. Selbstverständlich sind bei der Suche nach entsprechenden Erklärungen vielfältige weitere länderspezifische Bedingungen zu berücksichtigen, z.B. bezüglich der Möglichkeiten, eine Familie mit nur einem Einkommen zu ernähren oder eine Betreuungsperson für das Kind während der Arbeitszeit zu finden. Die höhere Verfügbarkeit von Tagesbetreuungsplätzen für Kinder jeden Alters wird auch heute noch häufig als eine (institutionell begründete) Ursache genannt, wieso Dänen Familie und Beruf besser vereinbaren können als Deutsche. Allerdings ist auch hier der Einfluss der kulturellen Vorstellungen nicht zu leugnen: Je nachdem, wie die Rolle der Frauen in einer Gesellschaft konzipiert ist, werden sie in einem geringeren oder höheren Maße als verantwortlich für die Erziehung und Betreuung ihrer eigenen Kinder betrachtet. Im zweiten Fall, also bei Stigmatisierung als „Rabennmutter“, wenn man ein Kind aus beruflichen Gründen nicht selbst betreut und erzieht, wird erst gar kein Bedarf für öffentliche oder private Kinderbetreuungsangebote entstehen; ein mit öffentlichen Mitteln forcierter Ausbau wäre somit sinnlos, besonders wenn die ökonomischen Bedingungen für Alleinverdienerfamilien günstig sind.

Ein weiteres Beispiel sind die Unterschiede in den Teilzeitraten: Trotz einer ähnlich weit verbreiteten Vorliebe für diese Erwerbsform ist die entsprechende Quote im Jahr 2001 unter den Niederländerinnen fast dreimal so hoch wie unter den Däninnen. Die Ursache liegt wohl hauptsächlich in der abweichenden institutionellen Zielsetzung, die in den Niederlanden eine Ausweitung und in Dänemark eine Einschränkung derartiger Beschäftigungsverhältnisse beinhaltete. Dieses Ergebnis würde die z.B. von Esping-Andersen (1990) vertretene einflussreiche Rolle der wohlfahrtsstaatlichen Orientierung eines Landes unterstützen. Deren Bedeutung wurde allerdings von Pfau-Effinger (1996, 2000) nicht geleugnet, sondern im Gegenteil als Bestandteil der Geschlechterordnung in das theoretische Rahmenkonzept integriert.

## 5. Schlussbemerkung

Der Bezugspunkt der vorliegenden Analyse war das Verhalten von Frauen, das vom Blickwinkel der rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten einerseits und der gesellschaftlichen Erwartungen an ihre Rolle in der Familie andererseits beobachtet wurde. Da der Weg vom Ernährermodell zum Zweiverdienermodell dabei als Leitfaden diente, wurde implizit vorausgesetzt, dass sich die Erwerbsformen und Lebensläufe der Frauen zunehmend an die der Männer angleichen würden; denn am Endpunkt der Skala standen zwei gleichwertige, vollzeitbeschäftigte Familienernährer.

Dieser Zielpunkt und auch die Entwicklung dorthin sind allerdings nicht unumstritten. So kam beispielsweise Esping-Andersen (2002) zu dem Schluss, dass der „Vermännli-

chung“ weiblicher Lebensverläufe in der Realität Grenzen gesetzt sind, da das Ziel einer gleichberechtigten Partnerschaft von Mann und Frau nicht allein dadurch zu erreichen sei, dass Frauen den Männern nacheifern, sondern dass sich beide Parteien verändern und ihre Positionen gegenseitig annähern (Esping-Andersen 2002: 95). Eine Analyse wie die hier vorliegende, die sich mit der Entwicklung vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell in verschiedenen Nationalgesellschaften beschäftigt, muss somit differenziert betrachtet werden. Es muss bewusst sein, dass zwei kontinuierlich und in Vollzeit erwerbstätige Erwachsene in einem Familienhaushalt nicht das normative Endziel, sondern der Endpunkt einer idealtypisch konstruierten Skala sind, der in der Realität vermutlich nie erreicht wird. Zudem wirft die zunehmende faktische Verbreitung des Zweiverdienermodells diverse soziale Probleme auf<sup>28</sup> und stellt damit Individuen als auch Wohlfahrtsstaaten vor neue Herausforderungen.

## Literatur

- Beckers, I. (2004). *Nine out of ten women go back to work after having a baby*. CBS Web magazine, 6. Dezember 2004. <http://www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/dossiers/vrouwen-en-mannen/publicaties/artikelen/archief/2004/2004-1605-wm.htm>, <09.11.2007>.
- Bielenski, H., Bosch, G. & Wagner, A. (2001). *Beschäftigung und Arbeitszeit in Europa*. Dublin: Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2001/58/de/1/ef0158de.pdf>, <08.12.2007>.
- Brekel, J. C. van den & Dirk J. van de Kaa, D. J. (1994). Den Niederlanden. Aspekte der Familienpolitik vor dem Hintergrund des Zweiten Demographischen Übergangs. In: W. Dumon (Hrsg.), *Veränderungen der Familienpolitik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union*. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, DG V, S. 253-284.
- Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFS) (Hrsg.) (1991). *Leitsätze und Empfehlungen zur Familienpolitik im vereinigten Deutschland: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2005). *Gender-Datenreport – 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland*. München, November 2005, 2. Fassung. <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Publikationen/genderreport/01-Redaktion/PDF-Anlagen/gesamtdokument,property=pdf,bereich=genderreport,sprache=de,rwb=true.pdf>, <02.01.2009>.
- Dingeldey, I. (2002). Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich. *WSI-Mitteilungen* 3/2002, S. 154-160.
- Drobníč, S. & Blossfeld, H.-P. (2001). Careers of couples and trends in inequality. In: H.-P. Blossfeld & S. Drobníč (Eds), *Careers of couples in contemporary societies. From male breadwinner to dual earner families*. New York: Oxford University Press, pp. 371-386.
- Esping-Andersen, G. (1990). *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, G. (2002). A new gender contract. In: G. Esping-Andersen with D. Gallie, A. Hemerijck & J. Miles, *Why we need a new welfare state*. New York: Oxford University Press, pp. 68-95.
- Fuhrmann, N. (2005). *Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG). 1949 (zuletzt geändert am 26. Juli 2002).

28 z.B. steigende soziale Ungleichheit durch Zunahme von Zweiverdienerpaaren insbesondere in den oberen Gesellschaftschichten (vgl. Drobníč und Blossfeld 2001).

- Heidenreich, H.-J., Böhm, K., Laue, E. Breiholz, H., Duschek, K.-J. & Nöthen, M. (Hrsg.) (2004). *Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2003*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt (Presseexemplar).
- Holst, E. & Maier, F. 1998. Normalarbeitsverhältnis und Geschlechterordnung. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 31 (3), S. 506-518.
- Knijn, T. (2002). Was kommt als Nächstes? Dilemmas in einer Zeit nach dem Familiennährermodell. *WSI-Mitteilungen* 3/2002, S. 184-189.
- Knijn, T. (2008). Private responsibility and some support. Family policies in the Netherlands. In: I. Ostner & C. Schmitt (Eds), *Family policies in the context of family change. The Nordic countries in comparative perspective*. Wiesbaden: VS Verlag, pp. 155-173.
- Lewis, J. (1992). Gender and the development of welfare regimes." *Journal of European Social Policy* 2, pp. 159-173.
- Lewis, J. (2001). The decline of the male breadwinner model: Implications for work and care". *Social Politics* 2, pp. 152-169.
- Lewis, J. & Ostner, I. (1994). *Gender and the evolution of European social policies*. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen (Arbeitspapier Nr. 4).
- Lück, D. (2006). The impact of gender role attitudes on women's life courses. In: H.-P. Blossfeld & H. Hofmeister (Eds), *Globalization, uncertainty, and women's careers: An international comparison*. Cheltenham, UK & Northampton, MA: Edward Elgar.
- Lück, D. & Hofäcker, D. (2003). *Rejection and acceptance of the male breadwinner model: Which preferences do women have under which circumstances?* Bamberg: Universität Bamberg (GLOBALIFE Working Paper Nr. 60).
- Lück, D. & Hofäcker, D. (2008). The values of work and care among women in modern societies. In: W. van Oorschot, M. Opielka & B. Pfau-Effinger (Eds), *Culture and Welfare State. Values and Social Policy in Comparative Perspective*. Cheltenham, UK & Northampton, MA: Edward Elgar.
- Marold, J. (2008). *Zwischen Kind und Karriere. Familienpolitische und kulturelle Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit von Müttern in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden*. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.
- Ministerie van Jeugd en Gezin (2007). *Every opportunity for every child. Youth and family programme 2007-2011. Shortened version*. [http://www.jeugdengezin.nl/includes/dl/openbestand.asp?File=/images/every-opportunity-for-every-child\\_tcm21-152389.pdf](http://www.jeugdengezin.nl/includes/dl/openbestand.asp?File=/images/every-opportunity-for-every-child_tcm21-152389.pdf), <30.03.2009>.
- OECD Factbook 2008: [www.sourceoecd.org/factbook](http://www.sourceoecd.org/factbook), <2.1.2009>.
- Oorschot, W. van (2008). Von kollektiver Solidarität zur individuellen Verantwortung: Der niederländische Wohlfahrtsstaat. In: K. Schubert, S- Hegelich & U. Bazant (Eds). *Europäische Wohlfahrtsysteme: Ein Handbuch*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 465-482.
- Orloff, A. S. (1993). Gender and the social rights of citizenship: The comparative analysis of gender relations and Welfare States. *American Sociological Review* 58 (4), pp. 303-328.
- Peper, B. & Phlippen, S. (2003). *Changes in the Work-Family Field in the Netherlands 1945-2003*. Unpublished essay for the Looking Backwards to Go Forward project.
- Pfau-Effinger, B. (1996). Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Theoretischer Rahmen und empirische Ergebnisse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48, S. 462-492.
- Pfau-Effinger, B. (2000). *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske + Budrich.
- Pfau-Effinger, B. (2005). Wandel der Geschlechterkultur und Geschlechterpolitiken in konservativen Wohlfahrtsstaaten – Deutschland, Österreich und Schweiz. *gender...politik ...online*. [http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/tagungen/wandel\\_geschl\\_pfau\\_effinger.pdf](http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/tagungen/wandel_geschl_pfau_effinger.pdf), <09.10.2007>.
- Plantenga, J., Schippers, J. & Siegers, J. (1999). Towards an equal division of paid and unpaid work: the case of the Netherlands. *Journal of European Social Policy* 9 (2), S. 99-110.
- Pruzan, V. (1994). Familienpolitik in Dänemark: Zu Individualisierung und symmetrischer Familienstruktur. In: W. Dumon (Hrsg.). *Veränderungen der Familienpolitik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union*. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, DG V, S. 39-62.

- Roostgaard, T. (2006). Denmark. In: P. Moss & M. O'Brien (Eds), *International review of leave policies and related research 2006*. London: Department of Trade and Industry (Employment Relations Research Series No. 57), pp. 95-99. <http://www.dti.gov.uk/files/file31948.pdf>, <25.11.2007>.
- Sainsbury, D. (1994). Women's and men's social rights: Gendering dimensions of welfare states. In: D. Sainsbury (Ed.), *Gendering welfare states*. London: Sage Publications, pp. 150-169.
- Siaroff, A. (1994). Work, welfare and gender equality: A new typology. In: D. Sainsbury, Diane (Hg.), *Gendering welfare states*. London: Sage Publications, pp. 82-100.
- Statistics Denmark (2007). *Statistical yearbook 2007*. Copenhagen: Statistics Denmark. <http://www.dst.dk/yearbook>, <27.11.2007>.
- Statistisches Bundesamt. (2006). Ausgaben für Kinder 2003: 550 Euro monatlich. *Pressemitteilung Nr. 314 vom 01.08.2006*. [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2006/08/PD06\\_\\_314\\_\\_632.psm1](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2006/08/PD06__314__632.psm1), <15.11.2007>.
- Tyroller, S. (2005). *Erfolgreich und trotzdem problematisch: Kinderbetreuung in den Niederlanden*. Münster: Universität Münster (Dossier, Haus der Niederlande. Letztes Update: 20. Juni 2005). [http://www.uni-muenster.de/HausDerNiederlande/Zentrum/Projekte/NiederlandeNet/Dossiers/einleitung\\_kinder.html](http://www.uni-muenster.de/HausDerNiederlande/Zentrum/Projekte/NiederlandeNet/Dossiers/einleitung_kinder.html), <22.11.2007>.
- Visser, J. (2002). The first part-time economy in the world: A model to be followed? *Journal of European Social Policy* 12 (1), S. 23-42.
- Wendt, C. & Maucher, M. (2000). *Mütter zwischen Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit. Institutionelle Hilfen und Hürden bei einem beruflichen Wiedereinstieg nach einer Kinderpause*. Mannheim: MZES (Arbeitspapier des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung, Nr. 18, 2000).
- Wingen, M. (1997). *Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme*. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Eingereicht am/Submitted on: 29.05.2008

Angenommen am/Accepted on: 23.03.2009

Anschrift der Autorin/Address of the author:

Julia Marold, Diplom-Soziologin  
Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb)  
Heinrichsdamm 4  
96047 Bamberg

Email: [julia.marold@ifb.uni-bamberg.de](mailto:julia.marold@ifb.uni-bamberg.de)

